

N i e d e r s c h r i f t

**der 35. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
18.07.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:05 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	anwesend ab 14:10 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sängler	CDU	anwesend ab 14:20 Uhr
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE	
Frau Franziska Godau	DIE LINKE	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	anwesend bis 17:50 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	anwesend ab 14:30 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	anwesend ab 14:05 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Andreas Hajek	FDP	anwesend ab 16:00 Uhr
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:20 Uhr bis 18:00 Uhr
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 15:15 Uhr
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend ab 14.05 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Frau Andrea Machleid	NPD	anwesend bis 18.30 Uhr

Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Herr Eberhard Doege	BG

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	DIE LINKE
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE
Herr Michael Zeidler	SPD
Herrn Dirk Neubauer	WIR. FÜR HALLE.
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG

zu **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Herr Joachim Kaufhold fragte, was mit dem „Thälmann-Denkmal“ in der Stadt Halle geplant sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass dieses Denkmal und das des „Kleinen Trompeter“ im Hof des Christian-Wolff-Hauses aufgestellt werden solle. Die Ausstellung im Hof solle auch der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 35. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 39 Mitglieder des Stadtrates (68,42 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados zum TOP 11 folgende Mitteilungen geben wird:

- Stand der Haushaltsgenehmigung 2007
- Weiteres Vorgehen für den Haushalt 2007/2008 – Haushaltskonsolidierung
- Georg-Friedrich-Händel-Halle
- Weiteres Vorgehen hinsichtlich des Psychiatrischen Krankenhauses

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat von der Tagesordnung die Wiedervorlagen **abzusetzen**:

*TOP 6.3 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG
Volkssolidarität – zu erklärenden Schrifftafeln an Straßenschildern
Vorlage: IV/2007/06359*

*TOP 6.4 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität – zu erklärenden Schrifftafeln an historischen Gebäuden
Vorlage: IV/2007/06360*

Zu beiden Anträgen gab es im Finanzausschuss Änderungen (nach der Beratung im Kulturausschuss) zum Beschlussvorschlag und es muss eine erneute Beratung im Kulturausschuss im September stattfinden.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, bemerkte, dass die Anträge in den Ausschüssen, und nur mit einer kleinen Ergänzung seitens des Finanzausschusses, positiv bewertet wurden. Das Ganze erfolgt durch ein Sponsoring, damit der Stadt keine Kosten entstehen. Der Zusatz aus dem Finanzausschuss sei deshalb nicht unbedingt erforderlich.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, es handele sich hier um eine Formalie. Die Anträge wurden zuerst im Kulturausschuss und danach im Finanzausschuss behandelt. Im Finanzausschuss gab es Zusätze zu den Anträgen. Laut Geschäftsordnung müssen diese Zusätze nochmals im Kulturausschuss behandelt werden.

Herr Bartl informierte über das Vorliegen der **Dringlichkeitsvorlage**:

- Sport- und Freizeitzentrum
Vorlage: IV72007/06634

Hierzu wurde eine Austauschvorlage verteilt.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, begründete die Dringlichkeit der Vorlage und bat um Zustimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung.

Abstimmung zur DV:

**mit mehr als Zweidrittelmehrheit
einstimmig zugestimmt
(bei 41 anwesenden Stadträt/innen)**

Herr Bartl schlug vor, die Dringlichkeitsvorlage als TOP 5.17 zu behandeln.

Herr Bartl informierte über *zwei* **Dringlichkeitsanträge**:

1. Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Gutachten der bbvl
Vorlage: IV/2007/06637

Frau Dr. Bergner Fraktion der CDU, begründete den Dringlichkeitsantrag ihrer Fraktion und bat um Aufnahme auf die Tagesordnung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass die Verwaltung sich den Antrag zu Eigen gemacht habe und eine Vorlage erarbeitet, in der das Gutachten Berücksichtigung findet.

Das Gutachten stehe den Fraktionen zur Einsichtnahme im Büro der Oberbürgermeisterin zur Verfügung.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der Fraktion der CDU auf die Tagesordnung.

Abstimmung zum DA:

**a b g e l e h n t
mit weniger als Zweidrittelmehrheit
(bei 41 anwesenden Stadträt/innen)**

Herr Bartl nannte den

2. **Dringlichkeitsantrag** der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der BMA BeiteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06642

Herr Koehn, Fraktion der SPD, begründete den Dringlichkeitsantrag und bat um Aufnahme auf die Tagesordnung.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmung zur DA:

**mit mehr als Zweidrittelmehrheit
einstimmig zugestimmt
(bei 41 anwesenden Stadträt/innen)**

Herr Bartl schlug vor, den Dringlichkeitsantrag als TOP 7.11 zu behandeln.

Weiterhin gab es **Änderungen und Ergänzungen:**

zum TOP 5.1 Eckwerte für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2007/06562

Hierzu wurde ein Ergänzungsblatt (Finanzplanung) verteilt.

zum TOP 5.3 Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung
Vorlage: IV/2007/06304

Austausch der Seite 5 (Anlage 1), da ein zusätzlicher Punkt 10 aufgenommen wurde sowie die Seiten 9 und 10 (Anlage 2), da ein zusätzlicher Punkt 9 aufgenommen wurde

zum TOP 5.4 Kooperationsvereinbarung mit dem kommunalen „Bündnis der Migrant*innenorganisationen“
Vorlage: IV/2007/06393

Hierzu wurde eine zusätzliche Information verteilt.

zum TOP 5.15 Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel (1. Änderung)
Vorlage: IV/2007/06349

Hierzu wurde die Seite 4 ausgetauscht.

zum TOP 6.1 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282

Hierzu wurde ein Auszug aus dem Planungsausschuss verteilt und es gibt einen:

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag von Stadtrat Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282

zum TOP 6.5 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) – zur Prüfung der Einführung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen
Vorlage: IV/2007/06419

Hierzu wurde das Prüfergebnis des Antrages verteilt.

Herr Bartl fragte die Fraktion DIE LINKE, ob sich der Antrag mit dem Prüfergebnis **erledigt** habe.

Dies wurde bejaht.

Damit wurde der **TOP 6.5** von der Tagesordnung **a b g e s e t z t**.

Herr Dr. Fikentscher, Fraktion der SPD, bat darum, den **TOP 5.2** erst am Ende der Tagesordnung zu behandeln, da die geänderte Fassung der Satzung des Georg-Friedrich-Händel-Hauses erst jetzt ausgeteilt worden sei.

Herr Bartl informierte, dass der **TOP 5.2 am Ende der Beschlussvorlagen** behandelt werde.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur
geänderten Tagesordnung:**

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.05.2007 sowie der Sitzung vom 27.06.2007**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 27.06.2007 gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
 - 5.1. **Eckwerte für das Haushaltsjahr 2008**
Vorlage: IV/2007/06562
 - 5.3. **Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kriterienkatalog -**
Vorlage: IV/2007/06304
 - 5.4. **Kooperationsvereinbarung mit dem kommunalen „Bündnis der Migrantorganisationen“**
Vorlage: IV/2007/06393
 - 5.5. **Feststellung Jahresabschluss 2006 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau**
Vorlage: IV/2007/06570
 - 5.6. **Feststellung Jahresabschluss 2006 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH**
Vorlage: IV/2007/06512
 - 5.7. **Feststellung Jahresabschluss 2006 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH**
Vorlage: IV/2007/06569
 - 5.8. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG**
Vorlage: IV/2007/06572

- 5.9. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH**
Vorlage: IV/2007/06573

- 5.10. **Feststellung Jahresabschluss 2006 der Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH**
Vorlage: IV/2007/06563

- 5.11. **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06524

- 5.12. **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle**
Vorlage: IV/2007/06307

- 5.13. **Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 3. Änderung - Änderungsbeschluss - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: IV/2007/06384

- 5.14. **Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 4. Änderung - Änderungsbeschluss - Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: IV/2007/06399

- 5.15. **Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel (1. Änderung)**
Vorlage: IV/2007/06349

- 5.16. **Entwurf Ausbau/Umgestaltung des Steinweges - Grundsatzbeschluss**
Vorlage: IV/2007/06463

- 5.16.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschlussvorlage Ausbau/Umgestaltung des Steinweges - Grundsatzbeschluss (Vorlagen-Nummer: IV/2007/06463)**
Vorlage: IV/2007/06651 *Änderungsantrag wurde während der Sitzung gestellt*

- 5.17. **Sport- und Freizeitzentrum**
Vorlage: IV/2007/06634

- 5.2. **Umwandlung des Händel-Hauses in eine Stiftung**
Vorlage: IV/2007/06559

- 6. **Wiedervorlage**

- 6.1. **Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring**
Vorlage: IV/2007/06282

- 6.1.1. **Änderungsantrag zum Antrag von Stadtrat El-Khalil vom 28.2.2007 zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring**
Vorlage: IV/2007/06636

- 6.2. **Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Baumschutz in Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06296
- 6.3. *Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifttafeln an Straßenschildern*
Vorlage: IV/2007/06359 **vertagt**
- 6.4. *Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifttafeln an historischen Gebäuden*
Vorlage: IV/2007/06360 **vertagt**
- 6.5. *Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Prüfung der Einführung einer Kulturförderabgabe für Übernachtungen*
Vorlage: IV/2007/06419 **erledigt**
- 6.6. **Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Einführung eines Änderungsdienstes für die Beratungen des Haushaltsentwurfes**
Vorlage: IV/2007/06482
7. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 7.1. **Antrag der SPD-Fraktion - Umsetzung eines Vertreters in der Regionalen Planungsgemeinschaft**
Vorlage: IV/2007/06595
- 7.2. **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
Vorlage: IV/2007/06594
- 7.3. **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Zuordnung des Landkreises Mansfeld-Südharz zur Planungsregion Halle**
Vorlage: IV/2007/06607
- 7.4. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Änderung der Hauptsatzung**
Vorlage: IV/2007/06596
- 7.5. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion - Bestimmung des ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin**
Vorlage: IV/2007/06598
- 7.5.1. **Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Dieter Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Antrag der CDU-Fraktion "Bestimmung des ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin" (Vorlage: IV/2007/06598)**
Vorlage: IV/2007/06652 *Änderungsantrag wurde während der Sitzung gestellt*
- 7.6. **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex: Wie werden unsere Bäume geschützt?**
Vorlage: IV/2007/06601
- 7.7. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur intensiveren Verknüpfung von Bachfest und Händelfestspielen**
Vorlage: IV/2007/06611

- 7.8. **Antrag des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Bekanntmachung nichtöffentlicher Beschlüsse der Ausschüsse des Stadtrates**
Vorlage: IV/2007/06609
- 7.9. **Antrag der Stadträtinnen Thea Ilse und Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur Straßenreinigung im Paulusviertel**
Vorlage: IV/2007/06608
- 7.10. **Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zu einem Dachflächenkataster für Photovoltaikanlagen**
Vorlage: IV/2007/06605
- 7.11. **Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06642
8. **Anfragen von Stadträten**
- 8.1. **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Thema Haushaltsberatungen**
Vorlage: IV/2007/06613
- 8.2. **Anfrage der CDU-Fraktion zur Entwicklung des strukturellen Defizits**
Vorlage: IV/2007/06606
- 8.3. **Anfrage des Stadtrates Thomas Godenrath - CDU - zum Leichtathletikstadion Robert-Koch-Straße**
Vorlage: IV/2007/06600
- 8.4. **Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zu einer Fußgängerquerungshilfe in der Lise-Meitner-Straße**
Vorlage: IV/2007/06604
- 8.5. **Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zu baufälligen Gebäuden in der Ludwig-Wucherer-Straße**
Vorlage: IV/2007/06602
- 8.6. **Anfrage der Stadträtin Ute Haupt - DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum Projekt "Netzwerk gegen illegale Graffiti"**
Vorlage: IV/2007/06599
- 8.7. **Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum ÖPNV-Konzept bei Großveranstaltungen**
Vorlage: IV/2007/06593
- 8.8. **Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Verkehrsentwicklung Riebeckplatz - Europastraße**
Vorlage: IV/2007/06592
9. **mündliche Anfragen von Stadträten**

- 10. Anregungen**
- 10.1. Anregung der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Darstellung der Inhalte im Amtsblatt im Onlineangebot der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06612**
- 11. Mitteilungen**
- 11.1. Zwischeninformation zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Umsetzung des Projekts Klimaschutz macht Schule (Vorlage: IV/2007/06488)**
- 11.2. Information über das Ergebnis der Untersuchung zum Neubau einer Garagenanlage zwischen Kapellengasse und Unterberg
Vorlage: IV/2007/06507**
- 11.3. Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "38. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt bis Riebeckplatz/ Hauptbahnhof"
Vorlage: IV/2007/06557**
- 12. Anträge auf Akteneinsicht**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.05.2007 sowie der Sitzung vom 27.06.2007

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 33. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 30.05.2007.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 33. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 30.05.2007 in der vorliegenden Fassung.

Zur Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.06.2007 bat **Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, um folgende Änderung zum TOP 9 - mündliche Anfragen (Seite 48):

***Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE**, sprach die ihr im Rahmen der Amtsblattdiskussion vorgeworfenen Unwahrheiten an.*

Sie sagte, dass sie weder eine Unwahrheit in die Welt gesetzt habe, noch im Amtsblatt Unwahres geschrieben habe. Dies werde sie in ihrer Darstellung auch so wiedergeben können.

Sie fragte nach den angekündigten schriftlichen Zuarbeiten über die Unwahrheiten, die im Amtsblatt gestanden haben, welche Frau Oberbürgermeisterin Szabados den Fraktionen zusenden wollte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf die erstellten Tonbandaufnahmen zur Sitzung und teilte mit, dass die Änderungen, wenn sie den Tonaufnahmen entsprechen, vorgenommen werden.

In dem Protokoll zu der heutigen Sitzung werde die Anmerkung von Frau Wolff und von ihr stehen.

Herr Bartl nahm die Hinweise von **Frau Wolff** auf.

Er bat um Abstimmung zur Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.06.2007.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, schlug vor, da keine Eile bestehe, die Niederschrift erst in der nächsten Sitzung des Stadtrates zu bestätigen.

Damit waren die Mitglieder des Stadtrates einverstanden.

Die Genehmigung der Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung wurde in die Stadtratssitzung September verschoben.

zu 4 Bekannngabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 27.06.2007 gefassten Beschlüsse

**zu 3.1 Bestellung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: IV/2007/06492**

Beschluss:

Der Stadtrat benennt zum 01.07.2007 Herrn van Rissenbeck auf Vorschlag des Betriebsausschusses im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes Arbeitsförderung.

**zu 3.2 Vergleich in einer Vermögenszuordnungs- und Vertragsangelegenheit bzgl. Anteile an einer Gesellschaft
Vorlage: IV/2007/06458**

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin, sich im Namen der Stadt Halle (Saale) an dem Vergleich der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) und der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) zu beteiligen, der zum Gegenstand hat, dass die SWH als Abgeltung für Ansprüche aus dem Anteils- und Abtretungsvertrag mit der BvS vom 27.12.1994 bzgl. der Anteile an der Gasversorgung Halle GmbH einen Betrag zahlt und die Stadt Halle (Saale) in diesem Zusammenhang die Erledigung eventueller Restitutionsansprüche oder des Anspruches nach § 4 Abs. 2 Kommunalvermögensgesetz (KVG) hinsichtlich des Gasvermögens erklärt.

**zu 3.3 Festlegung einer Förderung zur Instandsetzung und Modernisierung des historischen Parkhauses Pfännerhöhe zur Wiederinbetriebnahme als "Groß-Garage-Süd" und Erhaltung eines einmaligen technischen Denkmals
Vorlage: IV/2007/06442**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, für die Instandsetzung und Modernisierung des historischen Parkhauses in der Pfännerhöhe 70 zur Wiederinbetriebnahme als „Groß-Garage Süd“ eine Förderung in Höhe bis zu 1.680.990,00 € zu gewähren.

zu 5.1 **Antrag der Stadträtin Prof. Dorothea Vent – MitBürger – und des Stadtrates Mathias Weiland – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zu den Intendantenverträgen**
Vorlage: IV/2007/06547

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen von künftigen Vertragsverhandlungen über die jeweilige Besetzung der Intendanz an den städtischen Bühnen der Stadt Halle (Saale) eine Befristung zum Jahr 2011 in die entsprechenden Arbeitsverträge aufzunehmen.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Eckwerte für das Haushaltsjahr 2008 Vorlage: IV/2007/06562

Herr Misch, Fraktion der CDU, erklärte, er widerspreche Tonaufnahmen durch anwesende Medien.

Der **Vorsitzende des Stadtrates** bat die anwesenden Medien, dies zu beachten.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, hatte zwei Fragen:

Im Hauptausschuss sei klargestellt worden, dass die strategischen Ziele bislang nur verwaltungsintern diskutiert wurden und noch nicht abschließend im Stadtrat. Er fragte, ob sich bei dem Entwurf an den noch nicht feststehenden strategischen Zielen orientiert werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass die strategischen Ziele in eine Vorlage einfließen sollen.

Die Verwaltung werde die strategischen Ziele in der Hauptausschusssitzung im September zur Diskussion vorlegen. Für die Einbringung des Haushaltes 2007 sei der September, spätestens Oktober vorgesehen. Dies bedeute, dass die Diskussionen parallel laufen. Wenn die Mehrheit im Stadtrat die strategischen Zielen nicht so akzeptiert, müssen und können sie geändert werden.

Herr Godenrath ergänzte, dass die von den Fraktionen vorgelegten strategischen Ziele nicht unbedingt die sind, die die Stadt Halle haben wollte.

Er bezog sich auf die erarbeiteten Leitbilder aus dem „Planspiel Innenstadt“. Hier habe seine Fraktion vorgeschlagen, diese Leitbilder als die strategischen Ziele zu nehmen. Diese wurden unter Bevölkerungsbeteiligung erarbeitet.

Weiterhin bemerkte Herr Godenrath, dass im Finanzausschuss seine Fraktion zur Berechnung des Finanzausgleiches eine Antwort erhalten habe. Daraus gehe hervor, dass die Gelder des Landes im Haushaltsentwurf 2007 nicht enthalten waren. Diese betragen ca. 10 Prozent.

Es könne davon ausgegangen werden, dass im Jahr 2008 das Steueraufkommen nicht niedriger wird.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, antwortete, dass die 10 Prozent im Haushaltsentwurf 2007 nicht enthalten sind.

Im Jahr 2008 sei jedoch eine Verbesserung durch das Steueraufkommen denkbar.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sprach sich für die Vorlage mit den Eckwerten aus. Das Verfahren zu den strategischen Zielen sollte wieder aufgenommen werden, um diese im Stadtrat beschließen zu können.

In der Vorlage seien die Aussagen zum Vermögenshaushalt nicht ausreichend. Eine Prioritätenliste im Sinne eines Investitionsprogramms sollte in der Vorlage enthalten sein.

Aus der Übersicht lasse sich erschließen, was neben den Eckpunkten des Verwaltungshaushaltes im Vermögenshaushalt im Jahre 2008 vorgesehen und zu erwarten ist.

Das sollte letztendlich einer politischen Entscheidung unterliegen.

Er schlug vor, dies beim nächsten Mal zu berücksichtigen.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, schloss sich der Meinung von **Herrn Weiland** an.

Bezogen auf die in der Vorlage formulierten Ziele machte er folgende Anmerkungen:

- In dem Satz: „Der Fehlbedarf darf 14,7 Mio. Euro nicht überschreiten.“, sollte man statt „darf“ „soll“ schreiben.
- In der mittelfristigen Finanzplanung war der Zielfehlbedarf von 14,7 Mio. Euro vorgesehen. Dieser werde mit 0,2 Mio. Euro unterschritten. Damit wurde versucht, ein positives Signal im Hinblick auf das Bestreben der Stadt Halle, den Haushaltsausgleich zu erreichen, zu setzen. Dies sei aber zu wenig.
- Ein Haushaltsausgleich würde nur mit dem dementsprechenden Druck gelingen. In der mittelfristigen Finanzplanung waren Zuschussbeträge des Landes nicht enthalten. Wären diese hinzugerechnet worden, hätte ein Defizit von 8 Mio. Euro prognostiziert werden können.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Verwaltungshaushalt

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, dem Stadtrat einen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2008 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, dessen Fehlbedarf 14,7 Mio. Euro nicht überschreiten darf. Der ursprünglich in der Finanzplanung 2007 für 2008 vorgesehene Fehlbedarf in Höhe von 14,9 Mio. Euro wird somit um 0,2 Mio. Euro gesenkt. Der Entwurf ist an den strategischen Zielen zu orientieren.

2. Vermögenshaushalt

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2008 mit dem Investitionsprogramm bis 2011 nach den definierten Prioritäten aufzustellen. Die Haushaltsjahre 2008 und 2009 sind ohne eine Neuaufnahme von Krediten zu planen.

zu 5.3 Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kriterienkatalog - Vorlage: IV/2007/06304

Herr Maluch, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, bezog auf den Punkt 3 der Anlage 1, den seine Fraktion als Teil ihrer Arbeit betrachtet.

Er fragte, ob die Stadtprojekte „Alt werden in Halle“ und „Seniorenfreundliche Stadt Halle“ mit diesem Programm abgeschrieben seien oder der Punkt „Familien, in denen Senioren leben“ die alleinige Arbeit des Seniorenrates sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, es sei Beschluss des Stadtrates, weiterhin zur Seniorenpolitik „Alt sein in Halle“ Berichte zu liefern. Die Vorlage sei eine Ausweitung der Familienfreundlichkeit und es werde auch auf die Belange der Senioren eingegangen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, stimmte im Namen ihrer Fraktion der Vorlage zu, fragte aber nach der Umsetzbarkeit einiger Kriterien.

Der Punkt 2 in der Anlage 1 habe einen hohen Anspruch an die Schulen, die Familie und die Gesellschaft.

Sie frage sich, wie diese von Seiten des Stadtrates unterstützt werden sollen.

Sie hoffe, dass diese Familienkriterien ernst genommen und nicht wegdiskutiert werden.

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, äußerte, er halte dieses Papier für überflüssig.

Es handele sich um eine Anhäufung von Phrasen, die die Politik und das Verwaltungshandeln nicht familienverträglicher und freundlicher machen können.

Als Beispiel nannte er den Punkt 9 der Anlage 1. Hierzu konnte in verschiedenen Ausschüssen niemand Auskunft geben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bemerkte, dass er sich damit im absoluten Widerspruch zu der Bundesfamilienministerin befinde. Diese empfehle genau diese Kriterien. Die Verwaltung habe versucht, diese Kriterien zu untersetzen. Danach könne auch das Verwaltungshandeln beurteilt werden.

Der Stadtrat müsse grundsätzlich Signale in die Verwaltung geben, danach könnten diese Eckpunkte konkreter gefasst werden.

Sie bat, der Vorlage zuzustimmen

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form – Beschluss / Text):

1. Der Stadtrat beschließt die *Grundsätze* einer familienfreundlichen Stadtentwicklung (Anlage 1) als Leitfaden der Familienverträglichkeitsprüfung der Stadtverwaltung Halle (Saale).
 2. Der Stadtrat nimmt den Prüffragen- und Maßnahmenkatalog (Anlage 2) für die einzelnen Bereiche des Verwaltungshandelns zur Kenntnis.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt nach Möglichkeiten zu suchen, die städtischen Unternehmen und die Einrichtungen in Trägerschaft der Stadt in die Familienverträglichkeitsprüfung einzubinden.
-

zu 5.4 **Kooperationsvereinbarung mit dem kommunalen „Bündnis der Migrant*innenorganisationen“**
Vorlage: IV/2007/06393

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der als Anlage beigefügten Kooperationsvereinbarung mit dem kommunalen „Bündnis der Migrant*innenorganisationen“ zu.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies die Mitglieder des Stadtrates auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA für die TOP 5.5, 5.6, 5.7 und 5.10 hin.

Er schlug er vor, bei dem Beschlussvorschlag der einzelnen Tagesordnungspunkte eine Einzelabstimmung vorzunehmen, da der jeweils letzte Beschlusspunkt die Entlastung der Aufsichtsräte betrifft.

zu 5.5 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2007/06570

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis zu Beschl.-Pkt. I: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmungsergebnis zu Beschl.-Pkt. II: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

(Die Herren Stadträte Weiland, Dr. Köck, Klaus, Koehn, Misch und Dr. Fuchs nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung Beschlusspunkt II teil.)

Beschluss:

I. Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der von der Geschäftsführung der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 05. April 2007 mit einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2006 wird festgestellt.**

Der Jahresüberschuss beträgt 1.451.618,37 €

Die Bilanzsumme beträgt 81.884.989,81 €

- 2. Der Jahresüberschuss ist mit dem Verlustvortrag in Höhe von 2.910.815,64 € zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen.**
- 3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.**

II. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.

**zu 5.6 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Hallesche
Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: IV/2007/06512**

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte, dass er dem Jahresabschluss nicht zustimmen werde.

Er begrüße zwar die Jahresüberschüsse der Wohnungsgesellschaften, sei aber der Meinung, dass davon mindestens die Hälfte in den städtischen Haushalt gehöre.

Er erinnerte daran, dass die Wohnungsgesellschaften gemeinnützig waren.

Diese Gemeinnützigkeit gibt es nicht mehr.

Er bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um eine Änderung der Satzung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erklärte, die Kritik von **Herrn Prof. Schuh** sei nur bedingt berechtigt.

Im Gesellschaftsvertrag der HWG stehe, dass ihr untersagt sei, Gewinne auszuschütten, die über die Höhe von 4 Prozent des eingebrachten Stammkapitals (welches durch die Stadt finanziell eingebracht wird) gehen.

Zukünftig sollte angeregt werden, den Gesellschaftsvertrag an dieser Stelle zu ändern, da ansonsten die Jahresüberschüsse generell bei der HWG verbleiben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis zu Beschl.-Pkt. 1 - 3: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmungsergebnis zu Beschl.-Pkt. 4: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

(Die Damen und Herren Stadträte Sänger, Dr. Meerheim, Bauersfeld und Frau Ewert nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 4 teil.)

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der von der Geschäftsführung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 30.03.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

Der Jahresüberschuss beträgt	6.827.588,15 €
Die Bilanzsumme beträgt	546.885.139,24 €

- 2. Der nach Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage und in die Bauerneuerungsrücklage verbleibende Teil des Jahresüberschusses 2006 in Höhe von 5.644.829,33 € wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.**
 - 3. Dem Geschäftsführer der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH, Herrn Dr. Wahlen, wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.**
 - 4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.**
-

**zu 5.7 Feststellung Jahresabschluss 2006 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: IV/2007/06569**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis zu Beschl.-Pkt. 1-3: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmungsergebnis zu Beschl.-Pkt. 4: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

(Die Herren Stadträte Dr. Meerheim, Misch und Schuster nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 4 teil.)

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der vom Geschäftsführer der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und am 24.04.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

**Der Jahresüberschuss beträgt: 6.120.210,70 €
Die Bilanzsumme beträgt: 365.874.290,19 €**

- 2. Nach vorgenommener Einstellung von 10 % des Jahresüberschusses in die satzungsgemäßen Rücklagen wird der Bilanzgewinn in Höhe von 5.508.189,63 € der anderen Gewinnrücklage zugeführt.**
 - 3. Der Geschäftsführung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, Herrn Udo Mittinger (01.01.2006 bis 31.05.2006) und Frau Jana Kozyk (01.06.2006 bis 31.12.2006) wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.**
 - 4. Dem Aufsichtsrat der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.**
-

**zu 5.8 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co.
KG
Vorlage: IV/2007/06572**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG zu folgender Beschlussfassung:

- 1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 14.06.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

Der Jahresfehlbetrag beträgt	5.942.572,53 €
Die Bilanzsumme beträgt	17.557.280,19 €

- 2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.942.572,53 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.**
-

**zu 5.9 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Entwicklungs- und
Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: IV/2007/06573**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 14.06.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	20.074,98 €
Die Bilanzsumme beträgt	333.024,19 €

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.074,98 € und der Verlustvortrag in Höhe von 49.206,00 € werden mit der Kapitalrücklage verrechnet.
-

**zu 5.10 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Mitteldeutsche
Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06563**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis Beschl.-Pkt. 1 - 2: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmungsergebnis Beschl.-Pkt. 3: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

(Die Herren Stadträte El-Khalil und Dr. Schmidt nahmen gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 3 teil.)

Beschluss:

**Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden
Gesellschafterbeschluss zu fassen:**

- 1. Der von der Geschäftsführerin der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2006 wird in der von der Brennecke & Wodausch Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 27.04.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

Der Jahresfehlbetrag beträgt	113.248,30 €.
Die Bilanzsumme beträgt	30.734.252,17 €.

- 2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 113.248,30 € wird auf das Jahr 2007 vorgetragen.**
 - 3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.**
-

**zu 5.11 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007 für den EigenBetrieb
Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06524**

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, fragte, ob es noch Sinn mache, einen Wirtschaftsplan für das ZGM abzuschließen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass das Zentrale GebäudeManagement ein Eigenbetrieb sei und jeder Eigenbetrieb habe einen Wirtschaftsplan.

Wenn durch die Umstrukturierung Änderungen notwendig werden, werden diese dem Stadtrat vorgelegt.

Sie bat, die Vorlage zu beschließen, damit der Rechtsnorm Rechnung getragen werden kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für den „EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“, den Wirtschaftsplan für das Jahr 2007.

Die Betriebsleitung wird den vorliegenden Wirtschaftsplan für 2007 umgehend an die Erfordernisse des Grundsatzbeschlusses (Vorlage-Nr.: IV/2007/06579) anpassen und entsprechend fortschreiben.

zu 5.12 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2007/06307

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, wies darauf hin, dass bei dem zu beschließenden Wirtschaftsplan das Wirtschaftsjahr in diesem Monat ende.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater.

zu 5.13 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 3. Änderung - Änderungsbeschluss - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2007/06384

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße in einem Teilbereiche in einem vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB ändern.
 2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1 in der vorgelegten Fassung.
 3. Der Entwurf ist öffentlich auszulegen.
-

zu 5.14 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, 4. Änderung - Änderungsbeschluss - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV/2007/06399

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohn- und Mischgebiet Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße in vier Teilbereichen in einem vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB zu ändern.
 2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1 in der vorgelegten Fassung.
 3. Der Entwurf ist öffentlich auszulegen.
-

zu 5.15 Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel (1. Änderung)
Vorlage: IV/2007/06349

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass zur Erhaltungssatzung Nr. 18 ein Austauschblatt für den § 5 (Inkrafttreten) vorliege.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erläuterte, dass die Erhaltungssatzungen immer unter dem Aspekt beschlossen wurden, dass dadurch steuerliche Vorteile für die entstehen, die in Gebieten mit Erhaltungssatzungen investieren. Andere Motive hätten bei den beschlossenen Erhaltungssatzungen keine Rolle gespielt. In diesem Sonderfall seien die steuerlichen Motive weggefallen. Geblieben seien nur investitionshemmende Beschwerden.

Beschlossen werden sollte, die aus steuerlichen Gründen beschlossenen Erhaltungssatzungen wieder aufzuheben. Dazu sei es bisher nicht gekommen. Er werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, wies darauf hin, dass im Planungsausschuss der Sachverhalt ausführlich erklärt wurde. Die Darstellung von Herrn Prof. Schuh sei sehr einseitig.

Die Erhaltungssatzung sei von ihrem Wirkungscharakter ein Instrument des Baugesetzbuches und ziele in erster Linie auf die Erhaltung besonderer städtebaulicher Eigenarten.

Dass in der Stadt Halle die Erhaltungssatzungen beschlossen wurden, um Investitionsförderungen mitzunehmen, war gewollt und wirksam.

Die hier vorliegende Satzung resultiere nicht aus einem Beschluss zur Investitionsförderung, sondern aus dem Regelungsbedürfnis zur Erhaltung der Vorgärten.

Da durch die Veränderung in der Bauordnung die Rechtsgrundlage für Vorgartensatzungen entfallen ist, muss aufgrund der neuen Rechtslage eine neue Satzung beschlossen werden. Mehrheitlicher Wille des Stadtrates war es, im Paulusviertel dieses Schutzinstrument zu bewahren.

Weiterhin wurde sich im Planungsausschuss darüber verständigt, dass in der nächsten Zeit alle Erhaltungssatzungen auf ihre Notwendigkeit überprüft werden sollen.

Frau H. Haupt, Fraktion der SPD, bemerkte als Anwohnerin des Paulusviertels, dass Anfang der 90iger Jahre um die Erhaltungssatzung gekämpft wurde. Die Mieter wollten einfach nur den Charakter des Viertels erhalten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel.

zu 5.16 Entwurf Ausbau/Umgestaltung des Steinweges - Grundsatzbeschluss Vorlage: IV/2007/06463

Frau Godau, Fraktion DIE LINKE, fragte, ob zukünftig im Steinweg ein gesonderter Radfahrweg oder ein Mischweg (Fußgänger/Fahrradfahrer) vorgesehen sei.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass es aufgrund der Straßengeometrie keine veränderten Radfahrmöglichkeiten geben könne.

Es sei kein Raum vorhanden, um separate Fahrradspuren einzuordnen. Es wird auch keinen Mischweg geben.

Vorgesehen sei aber nicht, die Fahrradfahrer ganz aus dem Straßenraum zu nehmen.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sah den Mischverkehr an dieser Stelle als Problem an.

Um die Gefahrenpotentiale zu entschärfen, sollten frühzeitig Vorkehrungen bezüglich des Verkehrs in dieser Straße getroffen werden.

Aus diesem Grunde stellte er im Namen seiner Fraktion einen Ergänzungsantrag als Prüfauftrag mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob entsprechende Empfehlungen des Fuß- und Radverkehrsbeauftragten der Stadt Halle (Saale) der Steinweg als Tempo-30-Zone ausgewiesen und eine durchgehende Sperrlinie zur Kennzeichnung der Radspur in Richtung Norden markiert werden kann.“

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, dass sich die Verwaltung diesen Prüfauftrag zu Eigen macht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung des Änderungsantrages.

zu 5.16.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschlussvorlage Ausbau/Umgestaltung des Steinweges - Grundsatzbeschluss (Vorlagen-Nummer: IV/2007/06463) Vorlage: IV/2007/06651

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss wird um folgenden Satz 2 ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob entsprechend der Empfehlungen des Fuß- und Radverkehrsbeauftragten der Stadt Halle (Saale) der Steinweg als Tempo-30-Strecke ausgewiesen werden und eine durchgehende Sperrlinie zur Kennzeichnung der Radspur in Richtung Norden markiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

e r l e d i g t
von der Verwaltung übernommen

Herr Bartl bat um Abstimmung zur modifizierten Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

Der Stadtrat bestätigt die Vorplanung zum Ausbau / zur Umgestaltung des Steinweges als Grundlage für die weitere Planung.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob entsprechend der Empfehlungen des Fuß- und Radverkehrsbeauftragten der Stadt Halle (Saale) der Steinweg als Tempo-30-Strecke ausgewiesen werden und eine durchgehende Sperrlinie zur Kennzeichnung der Radspur in Richtung Norden markiert werden kann.

**zu 5.17 Sport- und Freizeitzentrum
Vorlage: IV/2007/06634**

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, begründete die Dringlichkeit der Vorlage.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erinnerte daran, dass er und viele andere Stadträte dem Beschluss zum Bau eines Sport- und Freizeitzentrums nicht zugestimmt haben.

Von der Stadt wurde ein Projekt vorgeschellt, für das keine Gelder vorhanden waren.

Aus diesem Grunde fragte er nach den Ausgaben, die von der Stadtverwaltung in Vorbereitung des Baues des Sport- und Freizeitzentrums getätigt wurden.

Er bat um schriftliche Information.

Herr Doege erwiderte, dass der Beschluss des Rates vom 24.11.2004 mit deutlicher Mehrheit gefasst wurde.

Das beschlossene Limit mit einer Summe von 206.480 EUR wurde eingehalten. Es ist noch nicht ausgeschöpft, weil das Verfahren noch nicht beendet ist.

Nach Abschluss des Verfahrens werde über die ausgegebenen Kosten informiert.

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, wies darauf hin, dass der Wert des Sports von Vielen nicht erkannt werde. Ein guter Versuch war es, mit dem Bau eines Sport- und Freizeitzentrums den Sport wieder voranzubringen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, widersprach, das Sportforum habe sich mehrheitlich gegen dieses Zentrum wegen der Finanzierung ausgesprochen. Sie verwies darauf, dass bereits im Hauptausschuss die Frage nach den detaillierten Kosten gestellt wurde.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, stellte dar, dass das Signal der Verwaltung entscheidend war, es gäbe Investoren, die die gesetzten Bedingungen akzeptieren.
Das war eine Fehlentscheidung.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, stellte den Geschäftsordnungsantrag zum Abbruch der Debatte und Abstimmung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis zum GOA: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Herr Bartl bat um Abstimmung zur **Dringlichkeitsvorlage.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Die Oberbürgermeisterin als Gesellschaftervertreterin der Verwaltungsgesellschaft für Versorgung- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV) wird ermächtigt, die Geschäftsführung der Gesellschaft mit der verbindlichen Aufhebung des europaweiten Verfahrens zur Vergabe einer Konzession zum Bau und Betrieb eines Sport- und Freizeitzentrums zu beauftragen, weil in den Verhandlungsverfahren kein zuschlagsfähiges Angebot abgegeben wurde.**
 - 2. Mit Abgabe der Mitteilung über die rechtsverbindliche Aufhebung des Vergabeverfahrens gegenüber der Bietergemeinschaft durch die VVV ist der Beschluss des Stadtrates vom 24.11.2004, Vorlage: IV/2004/04523, erledigt.**
-

zu 5.2 Umwandlung des Händel-Hauses in eine Stiftung Vorlage: IV/2007/06559

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die im Finanzausschuss diskutierten Änderungen im vorliegenden Schriftstück rot markiert seien.

Vergessen zu markieren wurde der § 9 Abs. 6: „*Das Kuratorium wählt ein geborenes Mitglied zu seinem Vorsitzenden sowie aus den weiteren Mitgliedern ein stellvertretenden Vorsitzenden.*“

Sie bat, die Änderung zu beachten und um Zustimmung zur Vorlage.

Frau Schlüter-Gerboth, Fraktion DIE LINKE, bat um Definierung der Bezeichnung: „geborenes Mitglied“.

Herr Dr. Fikentscher, Fraktion der SPD, erklärte, dass dies der juristische Begriff für jemanden sei, der Kraft seines Amtes von vornherein in der Stiftung tätig sei.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bestätigte die Formulierung.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte nach, wie es denn mit dem durch den Stadtrat zu Benennenden (in der Regel der Vorsitzende des Kulturausschusses) sei. Ist der, wenn er es denn wird, ein geborenes Mitglied oder ist er Kraft seines Amtes darin?

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, fand den Einwurf von **Herrn Bönisch** durchaus berechtigt. Es sei nicht definiert, wann von der Regel abgewichen werde.

Was den zu Wählenden betrifft, so stehe in der Satzung, dass es der Vorsitzende des Kulturausschusses sei. Insofern sei die Frage nach dem geborenen Mitglied berechtigt. Korrekt wäre, wenn der unter § 9 Abs. 1 Punkt 1 in Klammern gesetzte Satz gestrichen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab zu Protokoll, diesen *Klammersatz zu streichen*. Dieser sollte nur die Orientierung deutlich machen, dass es *in der Regel der Vorsitzende des Kulturausschusses* sein sollte.

Daher könne es sich nicht um ein geborenes Mitglied handeln.

Herr Bönisch brachte zum Ausdruck, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde, obwohl es Bedenken hinsichtlich der inhaltlichen Formulierung im Satzungsentwurf gibt. In der Kürze der Zeit war es sicherlich nicht möglich, diese schwierige Materie zu erarbeiten bzw. durch die Fraktionen zu verbessern.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE, wies darauf hin, wenn dieser Klammersatz gestrichen wird, sollte zumindest deutlich werden, dass die vom Stadtrat zu benennende Person auch aus der Mitte des Stadtrates kommen müsse.

Nach der jetzigen Fassung der Satzung hätte der Stadtrat die Möglichkeit eine stadtratsfremde Person in das Kuratorium zu wählen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass dem Stadtrat hierzu die Entscheidung zustehen solle. Wenn er in der Mehrheit der Meinung sei, es stünde eine geeignetere Person als ein Mitglied des Stadtrates zu Verfügung, dann sollte dem Stadtrat diese Freiheit nicht genommen werden.

Herr Misch, Fraktion der CDU, fragte bezogen auf den § 9 Abs.2, erster Satz, ob der Stadtrat die Person benennt oder wählt und, wer überhaupt wählt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn **Dr. Adlung** um eine Antwort.

Herr Dr. Adlung, Direktor Händel-Haus, sagte, dass es Anliegen der Landesverwaltung bzw. der Stiftungsaufsicht war, dass „gewählt“ werde.
Die Satzung wurde in zahlreichen Punkten durch das Landesverwaltungsamt korrigiert.

Herr Bartl stellte folgenden geänderten Satz im § 9, Abs. 2, erster Satz, fest:

„Die vom Stadtrat zu wählende Person (Ziff. 1) wird für die Dauer der Legislatur gewählt.“

Herr Dr. Schmidt, Fraktion der SPD, betonte, dass heute ein großer Schritt getan werde, an dem die Verwaltung, der Stadtrat und zu einem gewissen Teil auch das Land intensiv gearbeitet haben. Die Tür für eine zentrale Kultureinrichtung sei damit offen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung unter Berücksichtigung der Modifizierung im Text.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss (in modifizierter Form / Text):

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadt Halle (Saale) errichtet zum 1.1.2008 eine kommunale Stiftung bürgerlichen Rechts gemäß beigefügter Satzung (Anlage 1). Die Stiftung trägt den Namen „Stiftung Händel-Haus“. Die Besetzung des Kuratoriums ergibt sich aus der Satzung.

2. Der Stiftung werden als unveräußerliches Stiftungsvermögen die bislang im Eigentum der Stadt Halle (Saale) stehenden Sammlungen (Musikinstrumente, Kunstwerke, Archivalien, Dokumente, Musikalien, Bücher und sonstige Sammlungsbestände) sowie das Mobiliar und das technische Gerät übertragen. Die Verwaltung von Leihgaben Dritter, die bisher vom Händel-Haus geleistet wurde, wird von der Stiftung übernommen.

3. Zur Deckung des laufenden Betriebes stiftet die Stadt Halle (Saale) der „Stiftung Händel-Haus“ bis 2017 folgende Mittel:

2008:	€ 2.842.050,-;	2009:	€ 2.153.300,-;
2010:	€ 2.151.300,-;	2011:	€ 2.140.300,-;
2012:	€ 2.110.000,-;	2013:	€ 2.056.000,-;
2014:	€ 2.033.500,-;	2015:	€ 1.998.500,-;
2016:	€ 1.969.000,-;	2017:	€ 1.928.000,-.

Das Land beabsichtigt ebenso wie der Bund die dauerhafte Unterstützung der Händelpflege in Halle. Der Stadtrat begrüßt diese Positionierung.

Der Berechnung der Stiftungsmittel liegt ein Finanzkonzept für die Jahre 2008-2017 (Anlage 2) zugrunde.

In den Stiftungsmitteln für das Jahr 2008 ist eine einmalige Summe in Höhe von € 684.000,- für bauliche Investitionen enthalten. Zudem enthalten die Stiftungsmittel von 2010 bis 2017 jeweils eine Abschreibung von jährlich € 100.000,-. Mit diesen Zuwendungen geht die Pflicht zur Erhaltung der Liegenschaften (vgl. Ziffer 6) über auf die Stiftung Händel-Haus.

4. Die Stadt Halle (Saale) und das Land Sachsen-Anhalt schließen eine Vereinbarung über die Finanzierung der zukünftigen „Stiftung Händel-Haus“ (Anlage 3) ab.

5. Nach Gründung und Genehmigung der Stiftung werden die Arbeitsverhältnisse der beim Händel-Haus Beschäftigten zum 1.1.2008 gemäß § 613a BGB und auf der Grundlage eines Personalüberleitungsvertrages übertragen.

6. Die Stadt Halle (Saale) wird der „Stiftung Händel-Haus“ ein Erbbaurecht an den folgenden Liegenschaften einräumen: Gemarkung Halle, Flur 30, Flurstück 16 (Gr. Nikolaistraße 5) und Flurstück 17/1 (Große Nikolaistraße 6), alle eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Halle/Saalkreis.

Darüber hinaus wird angestrebt, ein Erbbaurecht für die benachbarte Liegenschaft („Schützei“ und Glashalle) zu begründen. Voraussetzung dafür ist eine Einigung mit der Miteigentümerin Frankonia Wohnbau GmbH & Co. KG.

zu 6 Wiedervorlage

zu 6.1 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282

zu 6.1.1 Änderungsantrag zum Antrag von Stadtrat El-Khalil vom 28.2.2007 zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06636

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, stellte im Namen seiner Fraktion, da noch Beratungsbedarf bestehe, den Geschäftsordnungsantrag für eine **A u s z e i t**.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN – MitBürger, stellte im Namen seiner Fraktion den Geschäftsordnungsantrag, die Auszeit zu verschieben bis der Änderungsantrag beraten wurde bzw. die Verwaltung Stellung genommen habe.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Diskussion zum Tagesordnungspunkt.

Herr Sänger, Fraktion der CDU, sagte, dass der Antrag von Herrn El-Khalil zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring im Planungsausschuss abgelehnt wurde. Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE gab es dann ein fraktionsübergreifendes Gespräch. Im Ergebnis dieses Gespräches wurde der heute vorliegende Änderungsantrag erarbeitet.

Herr Sänger begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion und bat um Zustimmung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass dieser Änderungsantrag bestimme, wie die Verwaltung zu handeln habe.

Deshalb müsse die Verwaltung über diese Beschlussvorschläge diskutieren, um eine Stellungnahme abgeben zu können.

Aus diesem Grunde verwies sie den Antrag und Änderungsantrag in den Planungsausschuss.

In der nachfolgenden Diskussion wurde festgestellt, dass der Stadtratsvorsitzende, die Oberbürgermeisterin und eine Fraktion lt. Geschäftsordnung einen Antrag verweisen können.

Ein Automatismus greife nur, wenn noch nicht in einem Ausschuss eine Materie behandelt worden ist.

Einzelne Änderungsanträge wurden bisher nie so gewertet, wie ein völlig neuer Sachverhalt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat die Fraktionen zur Verweisung zu sprechen.

Herr Sänger betonte, dass der heute vorliegende Änderungsantrag seiner Fraktion bereits im Planungsausschuss vorgestellt wurde.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass der Änderungsantrag im Planungsausschuss mündlich vorgetragen und angekündigt wurde und dass dieser im Stadtrat eingebracht wird.

Das, was seit gestern schriftlich dazu vorliege, weiche aber in einem wichtigen Punkt von dem, was mündlich vorgetragen wurde, ab, und zwar die Richtung der Einbahnstraße in die Ankerstraße aus dem Robert-Franz-Ring kommend. Mündlich wurde dies genau anders herum vorgetragen.

Weiterhin wurde bei der Durchsicht des schriftlichen Änderungsantrages festgestellt, dass viele Vorschläge nicht funktionieren bzw. in Größenordnungen Mehrkosten produzieren. Deshalb sollte im Planungsausschuss noch einmal darüber diskutiert werden.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN – MitBürger, betonte, dass die Verwaltung noch nicht Stellung genommen habe und die Konsequenzen des Antrages nicht vorliegen. Deshalb könne auch nicht verantwortlich über den Antrag und Änderungsantrag entschieden werden.

Er schlug vor, den Antrag und den Änderungsantrag auf die nächste Tagung des Stadtrates zu verschieben und im Planungsausschuss formal zu behandeln.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, betonte, dass seine Fraktion aus eben diesen Gründen um eine Auszeit gebeten habe.

Seine Fraktion begrüße den Vorschlag, den Antrag und den Änderungsantrag in den Planungsausschuss zu verweisen.

Herr Bartl fragte die **Fraktion der CDU,** ob sie der Verweisung oder dem Antrag auf Verschiebung in den nächsten Stadtrat zustimmen.

Herr Bönisch stimmte in Namen seiner Fraktion der Verweisung in den Planungsausschuss zu und bat um Abstimmung.

Herr Prof. Schuh sagte, dass er den Änderungsantrag befürworte, wies aber darauf hin, dass bereits im letzten Stadtrat durch die Verwaltung der Antrag als Dringlichkeitsantrag zur Entscheidung kommen sollte. Nun werde dieser Antrag in geänderter Form wieder verschoben.

Er bat um Klärung.

Herr Dr. Pohlack stimmte Herrn Prof. Schuh zu. Es bestand und bestehe auch jetzt noch die Dringlichkeit.

Die Verwaltung könne nicht verantworten, unter Dringlichkeit einen Beschluss zu fassen, dessen Konsequenzen, wie z. B. der Mehrkosten an der Klausbrücke, nicht überschaubar seien. Es müsse also eine neue Kostenaufstellung erfolgen.

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, brachte zum Ausdruck, dass er mit seinem Antrag die Verwaltung anregen wollte, sich Gedanken zur Verkehrsführung zu machen.

Nach den heutigen Darlegungen, sei er auch dafür, dass im Planungsausschuss noch einmal über seinen Antrag bzw. den Änderungsantrag diskutiert wird.

Aus diesem Grunde befürwortete er die Verweisung in den Planungsausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl gab bekannt, dass die TOP 6.1 und 6.1.1 in den Planungsausschuss verwiesen wurden.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag zum Antrag von Stadtrat El-Khalil vom 28.2.2007
zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06636**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Der Robert-Franz-Ring wird zwischen Ankerstr. und Mansfelder Str. in beide Richtungen befahrbar.*
 - 2. Die Ankerstr. vom Robert-Franz-Ring in Richtung Mansfelder Str. wird vom Robert-Franz-Ring bis zum Hotel Ankerhof Einbahnstraße.*
 - 3. Die Ankerstr. wird von der Mansfelder Str. bis Hotel Ankerhof in beide Richtungen befahrbar.*
 - 4. Das Linksabbiegen aus dem Robert-Franz-Ring in die Ankerstr. aus Richtung Mansfelder Str. kommend wird unterbunden.*
 - 5. Die Mansfelder Str. wird vom Robert-Franz-Ring in westliche Richtung Einbahnstraße.*
 - 6. Die Einmündung Robert-Franz-Ring/Mansfelder Str. wird signalisiert (Die Aufstellfläche im Robert-Franz-Ring wird so weit zurückverlegt, dass die Schlepplinie für LKW und Busse verbessert wird).*
 - 7. Im Robert-Franz-Ring aus Norden kommend wird vor der Ankerstr. eine Beschilderung errichtet, die den Verkehr in Richtung Halle-Neustadt und Garage Spitze nach rechts ausweist und den Verkehr in die Innenstadt gradeaus.*
-

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag von Frau Oberbürgermeisterin Szabados in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

verwiesen.

**zu 6.1 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zur Verkehrsführung am
Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die jetzige „provisorische“ Verkehrsführung als Dauerlösung zu belassen sowie die Einmündung des Robert-Franz-Rings in die Mansfelderstraße entsprechend zu gestalten. Fahrzeuge aus dem Norden, die in Richtung Neustadt wollen, fahren die Ankerstraße und Schwemme in Richtung Hochstraße. Andere Verkehrsteilnehmer fahren bis zur Klausbrücke dann links in Richtung Hallmarkt.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag von Frau Oberbürgermeisterin Szabados in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

verwiesen.

zu 6.2 **Antrag des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Baumschutz in Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06296

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, begründete seinen Antrag und bat um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über Baumfällgenehmigungen mit absehbar öffentlichem Interesse im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu informieren. Sofern eine Vorabinformation nicht möglich ist (Gefahr im Verzug), erfolgt die Information nachträglich mit Darstellung der Gefahrenlage.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Fällungen von Bäumen mit absehbar öffentlichem Interesse durch Presseinformation bekannt zu machen. Sofern möglich, erfolgt die Bekanntmachung vor der Fällung. Ist dies nicht möglich (Gefahr im Verzug), wird im Nachhinein informiert. Die Information umfasst eine Darstellung der Gefahrenlagen.
-

zu 6.6 **Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Einführung eines Änderungsdienstes für die Beratungen des Haushaltsentwurfes**
Vorlage: IV/2007/06482

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, begründete seinen Antrag und bat um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beratungen des Haushaltsentwurfes einen Änderungsdienst einzuführen. Änderungen des Haushaltsentwurfes sind in Form von Austauschblättern *und / oder elektronischer Form* vorzulegen.

Auf den Austauschblättern müssen die Änderungen deutlich markiert sein und der Bearbeitungsstand muss auf jeder Seite vermerkt sein.

Zur Beschlussfassung muss dem Stadtrat die Endfassung des Haushaltsentwurfes vorliegen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der SPD-Fraktion - Umsetzung eines Vertreters in der
Regionalen Planungsgemeinschaft
Vorlage: IV/2007/06595**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erläuterte, dass es sich bei diesem Antrag um eine Wahl handelt.

Er erklärte, wenn niemand widerspreche, kann aber offen abgestimmt werden.

Herr Misch, Fraktion der CDU, widersprach einer offenen Abstimmung.

Herr Bartl informierte, dass einer offenen Wahl widersprochen wurde und zum TOP 7.1 eine geheime Wahl durchgeführt wird.

Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel nach Aufruf in alphabetischer Reihenfolge und die Wahlhandlung für den TOP 7.1.

Herr Bartl informierte, dass vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses eine Pause ist.

Beginn der P A U S E: 16:05 Uhr

Ende der P A U S E: 16:35 Uhr

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab das **Abstimmungsergebnis** der geheimen Wahl zu **TOP 7.1** bekannt:

Abstimmungsergebnis:

**Beschluss per geheimer Wahl
mit 41 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen**

Beschluss:

Der Stadtrat Thomas Felke wird als Vertreter der Stadt Halle (Saale) in der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle gewählt.

**zu 7.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen
Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: IV/2007/06594**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Planungsangelegenheiten scheidet Herr Tilo Biesecke aus.
 2. Herr Mario Kremling wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.
-

**zu 7.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Zuordnung des Landkreises
Mansfeld-Südharz zur Planungsregion Halle
Vorlage: IV/2007/06607**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle spricht sich dafür aus, dass der Landkreis Mansfeld-Südharz der Planungsregion Halle zugeordnet wird.

**zu 7.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Änderung der
Hauptsatzung
Vorlage: IV/2007/06596**

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, begründete den Antrag seiner Fraktion und bat um Zustimmung.

Herr Krause, Fraktion der SPD, sagte, dass seine Fraktion sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion ausspreche.

Die Stadt befinde sich in einem laufenden Verfahren bezüglich der Ausschreibung für einen Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung.

Es sollte diskutiert werden, was eine tatsächliche Chefsache ausmacht und was administrative Querschnittsaufgaben sind.

Aus den o. g. Gründen verwies er im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Hauptausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Der § 9 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird im ersten Satz wie folgt geändert:

„Die Stadt Halle (Saale) hat vier Beigeordnete“

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD in den
Hauptausschuss
verwiesen.**

**zu 7.5 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion - Bestimmung des ersten
allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2007/06598**

**zu 7.5.1 Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Dieter Schuh - Fraktion NEUES
FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Antrag der CDU-Fraktion
"Bestimmung des ersten allgemeinen Vertreters der
Oberbürgermeisterin" (Vorlage: IV/2007/06598)
Vorlage: IV/2007/06652**

Auf Antrag der Fraktion der SPD erfolgt ein Wortprotokoll:

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Ich rufe auf 7.5 – Antrag der CDU-Fraktion „Bestimmung des ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin“. Wer möchte sprechen?
Herr Bönisch. Bitte.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU

Hier, Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde uns als sozusagen Gegenargument vorgehalten, dass Herr Doege, um den es ja hier ganz explizit geht, mit einer Gehaltsaufbesserung zu rechnen hat, und dass das dann auch Wirkung hätte auf seine Ruhestandsbezüge.

Dieses hatten wir tatsächlich nicht im Blick, weil üblicherweise über die Jahre hin es sich bei uns im Kopf sozusagen festgesetzt hatte, dass man, um eben Ruhestandsbezüge erhöhend anrechnend zu bekommen, eine gewisse Zeit lang – nämlich zwei Jahre war früher immer üblich – dieses Amt bekleiden müsste.

Das wurde vom Gesetzgeber erhöht auf drei Jahre. Sie sagen jetzt, durch das Bundesverfassungsgericht wurde diese Dreijahresregelung für nichtig erklärt und wir hätten jetzt eine Phase, in der überhaupt keine Anwartschaftszeiten berechnet werden müssten, sondern man würde sozusagen am letzten Tage seiner Beamtschaft mit einer Erhöhung um eine neue Gehaltsklasse in eine neue Gehaltsklasse dann auch diese Ruhestandsbezüge erwerben.

Wir haben uns erkundigt, beim Innenministerium des Landes vorgesprochen, beim Bundesverfassungsgericht vorgesprochen und letztendlich von kompetenter Stelle, aus dem Bundesinnenministerium ein Schreiben, was auch verteilt worden ist, bekommen, dass eben genau das nicht der Fall ist, sondern man geht allgemein davon aus, dass die Zweijahresregelung damit nicht außer Kraft gesetzt worden ist, mit einer von vornherein nichtigen Regelung, mit dem Versuch, eine Regelung für drei Jahre herzustellen, die dann als nichtig sich erwiesen hat.

Das heißt also, wir dürfen damit rechnen, oder wir müssen damit rechnen, wir sind gehalten, damit zu rechnen, dass Herr Doege keine Ruhestandsbezügeerhöhung bekäme, wenn wir ihn zum Bürgermeister machten, weil seine Amtszeit – wie er im nächsten Jahr im April 65 Jahre alt wird – damit auch enden würde. Also am 30. April nächsten Jahres.

Genau das wollen wir damit sagen. Teurer wäre jede andere Variante, jemanden zum Bürgermeister zu machen über einen längeren Zeitraum, vertretungsweise. Weiß ich nicht, wie das geht. Das wird wahrscheinlich dann auch mit irgendwelchen Anspruchserhöhungen zu tun haben oder in Verbindung stehen.

Sollte jemand anderes zum Bürgermeister gewählt werden, der jünger ist und nicht in innerhalb der nächsten zwei Jahre in den Ruhestand geht, würde jeder Tag, den dieser

Mensch dann, diese Person, dann Bürgermeister wäre, natürlich dort Ruhestandsbezüge erhöhen oder die Anwartschaft dort positiv beeinflussen.

Insofern, es gibt kein Kostenargument. Das zum Einen. Zum anderen, wir haben in unseren Regelungen ganz klar vorgesehen: Es gibt eine Oberbürgermeisterin, einen Oberbürgermeister und es gibt einen ersten allgemeinen Stellvertreter, der heißt Bürgermeister. Dieses Amt ist vakant, seit Sie zur Oberbürgermeisterin geworden sind am 1. Mai und wir sehen überhaupt keinen Grund zu zögern, dieses Amt wieder zu besetzen. Unser Vorschlag liegt hier auf dem Tisch und wir bitten um Zustimmung.

Herr Koehn, Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, Herr Bönisch, die Fülle der Details, die Sie jetzt genannt haben, als ob es der Gesetzgeber geahnt hätte, gibt also der Gemeindeordnung § 47 mehr als Recht, wenn da drin steht im Absatz 3, und das darf ich jetzt mal vorlesen, damit jeder den juristisch einwandfreien Text hören kann:

„Angelegenheiten, deren Entscheidungen dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen dem beschließenden Ausschüssen innerhalb ihres Aufgabengebietes zur Vorberatung überwiesen werden.“

Und ich denke, dass, was Sie ausgeführt haben, rechtfertige mehr als eine ordentliche Vorbereitung.

Im Übrigen, so schreibt dann auch der Herr Klang, der ja sehr oft auch von allen Stadträten zitiert wird:

„Dieser Absatz 3 sieht die Vorbereitung einer dem Gemeinderat vorbehaltenen Entscheidung durch einen beschließenden Ausschuss als grundsätzliche Verpflichtung an.“

Und deshalb, ich kann es mir einfach machen, beantrage ich als SPD-Fraktionsvertreter die Überweisung in den Hauptausschuss.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Hier ist ein Antrag der Fraktion, dass dieser Antrag verwiesen wird in den Hauptausschuss. Herr Bönisch.

Bitte.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU

Ich gehe allerdings davon aus, dass es hier keinen Automatismus geben kann, weil hier überhaupt nichts zu beraten wäre.

Wir könnten jetzt Abwägungen treffen, dort im Ausschuss, welche Person vielleicht besser geeignet wäre. Das können Sie aber auch heute durch Änderungsantrag hier feststellen. Da müssen wir uns eben nur entscheiden. Eine Beratung darüber, möglicherweise, welche Person qualifizierter wäre und besser geeignet, das Amt anzutreten und auszuüben, das ist der einzige Inhalt, der in einem Ausschuss passieren könnte. Sie wissen, dass das albern ist. Wir haben hier über Person zu bestimmen. Wir haben hier eine Entscheidung zu treffen. Was es noch zu beraten gäbe, ist auch aus meiner Sicht überhaupt nicht nachvollziehbar. Insofern kann man durch eine Verweisung keinen neuen Erkenntnisgewinn erzielen und damit kann auch keine automatische Verweisung gelten.

(Zwischenruf – ohne Ton) Natürlich. Das steht ja so nicht drin. Eine Angelegenheit, die wir zu entscheiden haben, die zu beraten wäre, die Vorberaten werden muss, die noch nicht in einem Ausschuss beraten worden wäre. Hier geht es gar nicht um irgendeine neue Regelung. Hier geht es darum: Es gibt die Stelle des Bürgermeisters, das ist definiert und die ist neu zu besetzen. Das ist kein neuer Sachverhalt. Die wird jedes Mal neu besetzt, wenn sie neu definiert wird, wenn sie vakant wird.

Wir haben heute hier den Vorschlag, diese Person soll es sein. Was Sie dann im Ausschuss beraten wollen, dass würde mich dann schon wirklich sehr interessieren.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Dr. Meerheim. Bitte.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU

Ja, mit Herrn Felke zum Beispiel war es auch so. Die Vorlage haben wir auch nicht vorberaten und es hat auch keiner einen Anlass dazu gesehen. Da wurde eine Person vorgeschlagen, mit der alle leben konnten und Sie haben Ihre Wahl getätigt.

Herr Dr. Meerheim. Fraktion DIE LINKE

Ich bin geneigt, Herrn Bönisch zuzustimmen, was die Interpretation angeht, dass der Automatismus an der Stelle nicht greift, ihn einfach zu verweisen.

Aber, da muss es heute also abgestimmt werden.

Ich sage ausdrücklich, dass unsere Fraktion nichts gegen die Person von Herrn Doege hat. Ich sage auch ausdrücklich, dass es selbstverständlich zulässig ist, heute, oder vergangenen Monat, oder die nächsten zwei Monate, den Bürgermeister zu wählen.

Was ich nicht für vernünftig halte, ist, oder was wir nicht für vernünftig halten, ist, dass der Bürgermeister ggf., wenn es denn die Person „Doege“ wird, in einem halben oder dreiviertel Jahr erneut gewählt wird.

Wenn es dann immer noch unterschiedliche Standpunkte gibt, was die finanziellen Belastungen oder Nichtbelastungen betrifft, da hänge ich mich nicht rein. Da glaube ich dem, was aus dem Bundesinnenministerium möglicher Weise da von Herrn Bergner oder seinen Referenten geschrieben wurde. Mag sein, Herr Bergner wird es ja wahrscheinlich nicht selber geschrieben haben, er hat es nur unterschrieben. Wenn das die gefestigte Meinung ist des Bundesinnenministeriums, dann soll das so sein. Aber das sind für uns die Gründe zu sagen, heute diese, oder Herrn Doege, nicht zu wählen.

Eine andere Sache wäre es gewesen, wenn Sie beantragt hätten, und das wäre allerdings ein anderer Antrag: Wir wählen heute den Bürgermeister. Das ist aber nicht passiert. Deswegen ist die einzige Möglichkeit, heute über diesen Personalvorschlag abzustimmen. Da geht es entweder Ja oder Nein oder Enthaltung. Eine Verweisung in den Ausschuss, da stimme ich Ihnen zu, ist nicht möglich. Ich brauche ich mich nicht noch mal dazu vorberaten. Es gibt eine klare Entscheidungsgrundlage und es ist ein Personalvorschlag, der auf ein Amt, was definiert ist, sozusagen erfolgt ist, und es ist eindeutig. Wie gesagt, wenn der Antrag inhaltlich anders gelautet hätte, dann hätte man sich ggf. vielleicht heute anders verständigen können.

Mit dem Personalvorschlag kann unsere Fraktion, will ich bloß sagen, so nicht mitgehen, aus den genannten Gründen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Gibt es noch andere Fraktionen, die sich noch melden?

Sehe ich Wortmeldungen?

Nein.

Herr Bönisch, noch mal?

Herr Bönisch, Fraktion der CDU

Nein, dass kann ich jetzt eigentlich nicht machen, weil wir im Prinzip noch den Geschäftsordnungsantrag stehen haben und über den zuerst befinden müssten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Gut. Herr Bönisch kann jetzt nicht sprechen. Ich halte das auch für schwierig und strittig, ob die Verweisungsmöglichkeit, ein Automatismus, ob die gegeben ist.

Die Wahl des Bürgermeisters ist Chefsache und jederzeit kann der Stadtrat auch alle Dinge an sich ziehen. Auch im § 45 der Gemeindeordnung steht das so. Dort sehen zwei Paragraphen vor Herr Koehn, da steht die Sache, dass wir das an uns ziehen können. Außerdem gibt es wirklich wenig zu beraten im Hauptausschuss. Wenn es was zu beraten gäbe, hätten wir das im letzten Hauptausschuss auch gut tun können.

Ich schlage Ihnen jetzt vor, dass wir darüber abstimmen.

Wir stimmen über die Verweisungsfähigkeit dieses Antrages ab.

(Zwischenruf – ohne Ton)

Das kann ich machen nach meinem § 23 – Auslegung der Geschäftsordnung - .

So, jetzt können aber die anderen Fraktionen noch zu dem Antrag der Verweisung sprechen. Herr Wehrich. Bitte. Und Herr Prof. Schuh danach.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger

Bei aller Schwierigkeit, möglicherweise können Sie jetzt die Geschäftsordnung so auslegen. Ich möchte aber dringend davor warnen, bei so einem Punkt irgendwelche Auslegungsprobleme hier bei so einem Beschluss rein zu bringen.

Ich denke, dass es sehr problematisch wäre, wenn jetzt jemand im Nachhinein diesen Beschluss anfechten würde, bloß weil Sie jetzt eine Auslegung der Geschäftsordnung getroffen haben, für die es aus meiner Sicht im Wortlaut der Geschäftsordnung überhaupt keinen Anhaltspunkt gibt.

Vielleicht kann das Rechtsamt noch einmal Stellung nehmen. Ich denke nicht, dass es sinnvoll ist, hierüber abzustimmen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Wir wollen darüber abstimmen über den Automatismus des Verweisens, oder ob das originäre Recht des Rates nicht hier greift.

Aber, Herr Prof. Schuh ist dran.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Ich möchte auch sagen, dass Herr Doege mir außerordentlich sympathisch ist. Das ist gar nicht die Frage.

Was ich hier für ein Problem sehe, ist einfach Folgendes: Es soll aus der Mitte der Beigeordneten einer Stellvertreter der Oberbürgermeisterin werden. Es ist überhaupt nicht über die anderen Beigeordneten hier gesprochen worden. Ich soll jetzt hier hingehen, ohne eigentlich im Grunde genommen im Hauptausschuss die Möglichkeit einmal zu haben, mit den anderen zu reden, einfach über Herrn Doege abstimmen. Da könnte ich ja, müsste ich mir überlegen, frage ich gleich, können wir dann, wenn es nicht zu einer Verweisung käme, weitere Vorschläge machen?

Dann könnten wir die Kandidaten hier wohl auch noch befragen. Und das alles hier ad hoc. Ohne große Vorbereitung, dass finde ich nicht so gut.

Das andere, was mir missfällt, Herr Bönisch, ist tatsächlich Folgendes:

Wenn das, was Herr Wehrich sagt, eintreten sollte, dass hier mit der Verhinderung der Verweisung diese Wahl möglicherweise nicht gültig ist, dann haben wir aber Herrn Doege wirklich einen Dienst erwiesen. Dann haben wir dem einen richtigen Dienst erwiesen. Dann haben wir ihm noch einmal richtig „in den Hintern“ getreten. Das finde ich überhaupt nicht

nett. Darum denken Sie mal darüber nach, was Herr Wehrich gesagt hat. Mir ist das nicht ganz geheuer.

Sie haben ja selber gesehen im Zusammenhang mit der EVH, was so ein Regierungspräsidium oder wie das Institut da heißt, sich alles ausdenkt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Koehn. Bitte.

Herr Koehn, Fraktion der SPD

Ich habe bewusst jetzt auf das, was dankenswerter Weise Herr Prof. Schuh gesagt hat, hier an dieser Stelle verzichtet. Wir haben schon im Hauptausschuss darüber gesprochen, über die unkomplette Reihe. Aber ich muss mich wirklich jetzt mal an Sie wenden. Sie haben vorhin den ersten Satz zitiert: „*Gemeinderat kann*“, da haben Sie vollkommen recht, und dann lesen Sie bitte auch den dritten: „*Anträge von Fraktionen müssen ...*“ Und das geht eindeutig vor. Das ist der dritte Absatz.

Ich wiederhole mich noch mal: Seitens der Fraktion verweise ich diesen Antrag in den Hauptausschuss.

(Allgemeines Gemurmel – ohne Ton)

Gut, ich lese jetzt noch mal den kompletten Satz vor:

„Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen den beschließenden Ausschüssen innerhalb ihres Aufgabengebietes zur Vorbereitung überwiesen werden. Auf Antrag des Vorsitzenden eines Fünftels der Mitglieder des Gemeinderates oder einer Fraktion müssen Anträge, die nicht vorberaten worden sind, den zuständigen beschließenden Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen werden.“

Und in dem Sinne war dieser Antrag noch nicht vorberaten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Dennoch die Frage an dieser Stelle, ob es überhaupt in einem Ausschuss dazu neue Aspekte geben kann. Das wurde begründet von Ihrer Fraktion, wurde auch von Herrn Prof. Schuh begründet. Die PDS-Fraktion hat diese Frage und die CDU-Fraktion anders gesehen. (Zwischenruf – ohne Ton) DIE LINKE. Das lerne ich auch noch.

Beide Fraktionen, offensichtlich gibt es eine Abstimmung, ein Verweisungsproblem in unserem Rat. Dann frage ich mich an der Stelle, warum nicht der Rat als Chefentscheidungsorgan grundsätzlich darüber entscheiden kann, ob an der Stelle verwiesen werden darf. Dafür gibt es auch eine Grundlage.

Wir verstoßen auch gegen die Geschäftsordnung, wenn jetzt noch alle Fraktionen reden. Herr Krause, auch Sie können hier reden. Herr Godenrath steht hier auch in den Startlöchern. Es kann noch die FDP-Fraktion reden. Ansonsten möchte ich die Sache über die Verweisungsfähigkeit abstimmen lassen. Ich bin mir über das Risiko dessen im Klaren, dass das auch angefochten werden kann, und dass dadurch auch Herr Doege beschädigt werden kann.

Es haben sich ja auch zwei Fraktionen klar schon geäußert. Ich sehe da erst einmal ein Problem. Möchte die FDP-Fraktion noch reden? Herr Dr. Wöllenweber.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin,

es ist ja im letzten Hauptausschuss darüber geredet worden. Es ist letztlich die Beratung erfolgt und es uns zum Stadtrat als Alternative für unsere Entscheidung zugesichert worden, dass bis dahin die rechtliche Situation, die sich insbesondere mit der Zusammensetzung der

Bezüge, der Erhöhung bzw. dann des Ruhegeldes auftraten, dass die bis dahin geklärt werden sollten und uns eine sachgerechte Auskunft bis zum Stadtrat erteilt wird. So war die Entscheidung im Hauptausschuss. Diese Entscheidung ist m. E. heute eindeutig hier gefallen und uns damit klar gemacht worden. Ich sehe hier auch keinerlei weiteren Handlungsbedarf. Eine Abstimmung sollte hier und heute erfolgen. Alles andere würde die Person, um die es geht, erheblich beschädigen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE

Ich möchte darauf hinweisen dass wir jetzt nicht abstimmen können. Es gibt einen § 23 lt. unserer Geschäftsordnung. Da steht drin: Gibt es Zweifel, dann entscheidest sozusagen der Vorsitzende. Und erst, wenn der Rat Zweifel an der Entscheidung des Vorsitzenden hegt, stimmt der Rat über die festzulegende Vorgehensweise ab. Das heißt, jetzt müssten Sie sagen, wie Sie es auslegen, was beantragt wurde durch die CDU-Fraktion, und, wo es Widerstand oder heftige Reaktionen andererseits gab, und wenn dann wiederum heftige Reaktionen erzeugt werden, dann muss darüber abgestimmt werden. Aber das ist formal der Fortgang, der eingehalten werden muss.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Dr. Meerheim. Ich habe gesagt, dass ich nach § 23 Zweifel über die Verweisungsfähigkeit habe. So. Und das habe ich jetzt hier geäußert und ich möchte darüber abstimmen lassen, weil der Widerspruch ja offensichtlich kommt, dass mein Zweifel gerechtfertigt ist.

Ich habe es vernommen, dass bei der SPD-Fraktion dazu erhebliche Zweifel sind, dass ich mit richtigen Zweifeln hier ausgestattet bin. Und dann müssten wir, dass sagt der § 23, darüber abstimmen.

Jetzt stimmen wir über die Verweisungsfähigkeit des Antrages von Herrn Koehn in den Hauptausschuss ab.

Wer dafür ist, dass die Wahl des ersten Bürgermeisters im Hauptausschuss vorbesprochen werden muss, und er deshalb verwiesen ist, der hebe bitte jetzt seine Hand.

Ich bitte auszuzählen.
Danke. Die Gegenstimmen.
Die Enthaltungen.
Ich danke.

Für die Verweisung in den Hauptausschuss haben 16 gestimmt, und dagegen 31, bei einer Enthaltung.

Damit ist die Verweisungsfähigkeit nicht gegeben. Der Antrag bleibt aufrechterhalten. Das originäre Recht des Stadtrates greift und wir können darüber jetzt weiter debattieren.

Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Schmidt.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion der SPD

Eine Bemerkung zur Geschäftsordnung.

Ich denke, Herr Bartl, Sie haben jetzt einen Fehler gemacht. Sie haben nämlich angekündigt eine Abstimmung über Ihre Auslegung zur Geschäftsordnung nach § 23. Die ist jetzt beantwortet, aber über die Verweisung, nach dem Sie nun Recht haben, nach Mehrheit des

Stadtrates, dass über die Verweisung abgestimmt werden muss, müssen Sie jetzt auch noch über die Verweisung abstimmen lassen.

Wir können den Gegenstand jetzt nicht behandeln, weil wir jetzt nach § 8 nämlich auch über einen Antrag der SPD-Fraktion auf Verweisung abstimmen müssen, bevor wir in die Beratung der Sache eintreten können. Ansonsten machen Sie hier einen Verfahrensfehler. Ich weise Sie darauf hin.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Wer über die Verweisungsfähigkeit, weil das offen war, abgestimmt hat, kann natürlich jetzt auch über den Antrag auf Verweisung noch einmal abstimmen. Das müsste jetzt eigentlich deckungsgleich gehen.

Meinem Zweifel ist stattgegeben worden, dass der Automatismus in Frage steht.

Jetzt, weil, der Automatismus in Frage steht, wäre jetzt wieder eine Frage die offen ist, ob überhaupt denn eine automatische Verweisung greift? (Zwischenrufe)

Greift nicht. Haben wir nicht. Ob eine automatische Verweisung greift, oder ob wir darüber noch einmal abstimmen müssen.

Wir stimmen jetzt noch einmal darüber ab, ob er verwiesen wird.

Wer jetzt dafür ist, dass dieser Antrag verwiesen wird, weil es eine strittige Frage ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

Wer dafür ist, dass er verwiesen wird, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

Bitte darum, wieder auszuzählen.

Danke. Die Gegenstimmen, wer dagegen ist, dass dieser Antrag jetzt verwiesen wird, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

Und die Enthaltungen.

Dafür, dass dieser Antrag jetzt verwiesen wird, stimmten 16 Stadträtinnen und Stadträte, dagegen 28 bei 3 Enthaltungen.

Damit wird der Antrag nicht verwiesen und wir können jetzt weiter darüber sprechen.

Herr Prof. Schuh. Bitte.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

So, meine Damen und Herren, jetzt wollen wir mal sehen, ob das klappt, was wir vorher gesagt haben. Ich schlage als weiteren Kandidaten Herrn Dr. Pohlack und Herrn Geier vor.

(Beifall)

Aber selbstverständlich geht das. Änderungsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Aber, Sie können einen erst einmal vorschlagen.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Dann schlage ich erst einmal Herrn Dr. Pohlack vor und ich hoffe, dass dann irgend jemand Herrn Geier vorschlägt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Ein Änderungsantrag von Herrn Prof. Schuh:

Als erster Bürgermeister und Stellvertreter der Oberbürgermeisterin wird Herr Dr. Pohlack gewählt.

Zu diesem Änderungsantrag kann jetzt gesprochen werden. Herr Dr. Köck.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich sollten wir das unwürdige Spiel jetzt beenden. Wir sollten diesen Antrag jetzt „beerdigen“, in dem wir ihn ablehnen, damit der Weg frei wird für eine ordentliche Wahl, wie es Herr Dr. Meerheim am Anfang gesagt hat, und dass beim nächsten Mal.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Ich stimme jetzt über den Änderungsantrag von Herrn Prof. Schuh ab, Herrn Dr. Pohlack zum ersten Bürgermeister zu machen.
Gibt es zu dem Änderungsantrag noch Wortmeldungen?

(Diskussion – ohne Ton)

Ich halte das auch nur wieder für eine Verwirrung.

Herr Kupke. Bitte.

Herr Kupke, Fraktion der CDU

Ich bin der Meinung, wir haben gar keine andere Wahl als Herrn Doege. Herr Geier und Herr Dr. Pohlack wohnen nicht in Halle. Herr Dr. Pohlack, obwohl er es versprochen hat, ist nicht nach Halle gezogen, scheidet aus. Ein stellvertretender Bürgermeister muss am Wochenende in Halle sein. Über Herrn Dr. Marquardt erledigt sich jedes weitere Wort.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Ich möchte diesen Änderungsantrag gern zu Ende bringen. Kann man mal versuchen, dass die anderen Herren und Damen Stadträte das diszipliniert schaffen.
Herr Krause.

Herr Krause, Fraktion der SPD

Ich möchte mal darauf hinweisen, dass genau die Situation, die wir als Fraktion verhindern wollten, bei diesem Antrag jetzt eingetreten ist, dass sozusagen öffentlich über Personen gesprochen wird, wo man ganz schnell in Grenzbereiche kommt.
Das wollten wir verhindern.

Herr Bönisch, ich teile überhaupt nicht Ihre Auffassung, dass nicht nur Beratungsbedarf besteht. Sie sehen nämlich jetzt die Reaktion im Rat aufgrund eines einzelnen Vorschlages, dass einige Räte, und wahrscheinlich eine qualifizierte Anzahl von Räten, das ganz anders sieht. Das heißt, wir sind gezwungen, de facto, in diesem öffentlichen Raum jetzt über Personen zu reden, und diejenigen, die negativ über irgendwelche Personen reden, beschädigen sie automatisch. Genau das wollten wir verhindern. Wir wollten im nicht öffentlichen Teil im Hauptausschuss erst einmal zwischen den Fraktionen reden und jetzt haben wir genau diese Maläse.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Krause, die Entscheidungen sind aber jetzt gefallen, da können wir jetzt nicht mehr daran zurück. Jetzt möchte ich Herrn Bönisch, Entschuldigung, erst ist Herr Wehrich dran.

Ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Brockmann.

Herr Dr. Brockmann, Fraktion der SPD

Durchzählen, wer und wie oft redet. Herr Bönisch hat zur Sache schon zwei Mal gesprochen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Das ist korrigiert worden, Herr Dr. Brockmann. Jetzt Herr Bönisch noch einmal.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, ich denke es wird an den Wortmeldungen von Dr. Brockmann und Herrn Krause wieder deutlich, worum es hier eigentlich geht. Sie wollten jetzt mit zum Geschäftsordnungsantrag, ich soll nicht noch mal zur Sache sprechen. Sie wollen aber, dass die Sache ordentlich vorangebracht wird. Herr Krause sagt: *Sie sehen, das haben Sie jetzt erreicht*. Sie haben es erreicht, Herr Krause, nicht wir. Wir haben den Antrag lange genug angekündigt. Ich habe Herrn Koehn rechtzeitig vor Antragstellung angerufen, uns angekündigt. Man hätte alles... Herr Kohn, es ist so. (Zwischenruf – ohne Ton) Von daher dann jetzt davon zu reden, wir hätten hier ganz unvorbereitet einen Antrag in die Welt gesetzt, über den noch viel zu reden gewesen wäre, die Gelegenheit hätten Sie gehabt. Sie hätten sie im letzten Hauptausschuss gehabt. Da haben Sie sie abgewiesen. Wir wollten darüber reden. Sie haben es nicht gewollt. Sie haben es nicht gewollt, Herr Krause. Und jetzt kommt noch Herr Dr. Brockmann und deutlich wird dabei, es ist nur eine böse Heuchelei von Ihnen. Ich bin ehrlich gesagt, jetzt überhaupt nicht mehr begeistert davon, dass wir es hier gemacht haben, weil es tatsächlich zu einer Farce wird, was hier heute passiert, dass es tatsächlich dann möglicherweise dazu kommen könnte, dass Personen beschädigt werden.

Ich finde den Vorschlag von Herrn Prof. Schuh, er schlägt gleich zwei Weitere vor, ich denke Herr Prof. Schuh, sie haben vorhin keinen heißen Kaffee getrunken, sondern Eiskaffee, sie sollten mit einem kühlen Kopf hier jetzt sein, und nicht mit solchen, sagen wir mal, abenteuerlichen Ideen jetzt kommen: Jetzt schlagen wir mal schnell alle vor, dann können wir vielleicht eine offene Wahl machen.

Darum geht es überhaupt nicht. Es geht hier um ein öffentliches Amt. Die Personen sind alle bekannt. Es geht nicht darum, hier in der Diskussion abzuwägen, wer jetzt vielleicht das besser könnte oder nicht. Wir haben hier zu entscheiden. Wir haben einen Antrag eingebracht. Wenn eine Mehrheit will, dass er geändert wird, dann soll er geändert werden durch die Nennung eines anderen Namens. Zum Beispiel könnte dort Dr. Pohlack stehen. Aber ich denke, Herr Kupke hat ausreichend begründet, warum wir glauben, dass Herr Doege momentan der einzig geeignete Kandidat ist. Sehen Sie es doch insofern locker. Er ist es nicht ewig. Bis zum Ende des nächsten Jahres hat die Oberbürgermeisterin einen ordentlichen Stellvertreter und Sie können sich bis dahin noch die weiteren Beigeordnetenkollegen profilieren lassen und sich dann entsprechend zu einer weiteren Abstimmung stellen, wer dann Bürgermeister werden soll. Möglicherweise für eine etwas längere Zeit. Wenn es denn Herr Dr. Marquardt wird, vielleicht auch nicht so lange. Die Möglichkeiten sind dann alle gegeben.

Also ich denke, die Voraussetzungen stimmen einfach und wir sollten jetzt nicht mehr am Verfahren „herumdoktern“, sondern einfach entscheiden. Sie können sagen, wir wollen es oder wir wollen es nicht und zur Abstimmung schreiten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Gut, dass war auch der Vorschlag von Dr. Köck.

Ich frage noch einmal Herrn Prof. Schuh, ob er noch seinen Änderungsantrag mit dem zweiten Namen aufrechterhält.

Es würde uns sehr helfen, wenn wir da jetzt ein Stückchen Ziel führend wären.

Ja, Sie hatten sich gemeldet? Ich würde gerne, dass Sie dazu noch einmal Stellung nehmen.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

Ich verstehe den ganzen Vorgang nicht. Grundsätzlich heißt es, dass wir aus der Zahl der vorhandenen Beigeordneten einen Bürgermeister wählen können. Damit haben wir doch im

Grunde genommen potentiell drei Kandidaten. Und das nächste ist dabei, jetzt wird also im Grunde genommen, was ... (Zwischenruf – ohne Ton) Herr Koehn hat doch völlig Recht. Jetzt geht das doch los. Der Herr Dr. Pohlack hat wohl nur einen Zweitwohnsitz. Vielleicht hat er ja noch eine asiatische Mutter, oder irgendwas. Was ist das für ein hirnrissiges Argument. Es geht um Qualität. Es geht doch um Qualität! Es geht doch nicht darum, wo der seinen ersten und zweiten Wohnsitz hat. Ich verstehe das nicht mehr. Danach wird dann hier gewählt. Alle anderen Beigeordneten wohnen vielleicht im Saalekreis. Die kommen ja dann gar nicht in Frage. Das ist hier was.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Frau Oberbürgermeisterin.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados

Ich mache jetzt mal den Versuch, vielleicht hier etwas ausgleichend zu wirken. Ich hatte in meiner Stellungnahme noch einmal darauf hingewiesen, dass es das Recht des Rates ist, aus der Reihe der Beigeordneten den ersten allgemeinen Stellvertreter des Oberbürgermeisters zu bestimmen.

Wir haben jetzt den fünften Beigeordneten ausgeschrieben. Ich kann mich gut an Zeiten erinnern, das war 1994¹ so und das war auch im Jahre 2001/2002 so, dass man ein halbes Jahr, einmal sogar ein bisschen länger, gewartet hat, bis eine Reihe der Beigeordneten vollständig war, und dann aus der Reihe, nach einer vernünftigen Beratung, bestimmt, der ist es². Man kann sagen, die Reihe ist nie vollständig, weil immer wieder einer ausscheidet. Aber zu dem Zeitpunkt, wo man einen Beigeordneten ausgeschrieben hat, Sie den Wahltermin festgelegt haben auf September, dann heute den Bürgermeister zu wählen, das hielte ich nicht mit unserer Hauptsatzung konform. Das ist das Erste.

Das Zweite ist, dass Herr Doege im nächsten April ausscheidet. Wir werden im Oktober die Stelle des Beigeordneten ausschreiben, damit wir in der – in der Gemeindeordnung angegebenen – Frist den Nachfolger von Herrn Doege bestimmen. Das habe ich auch noch einmal zu bedenken gegeben.

Und dem Punkt drei mit dem Beamtenversorgungsgesetz: Das Innenministerium hat geschrieben, dass das herrschender Meinung ist und nach der Literatur u. ä. Wir haben jetzt noch einmal recherchiert, und ich denke, ich muss Ihnen das, was wir da gefunden haben, zu mindestens zur Kenntnis geben, damit Sie das wissen und hinterher nicht sagen, dass hat uns ja niemand gesagt.

Ich würde dazu Frau Schröder bitten, die hat sich heute noch einmal damit befasst, dass sie Ihnen zumindest die rechtlichen Bedenken, die wir hinsichtlich der Besoldungsgruppe, mit der der Bürgermeister dann in die Pension geht, noch einmal eine Auskunft gibt.

Frau Schröder, Referentin für Grundsatzfragen

Bislang galt die Rechtslage, dass eine Wartefrist gilt von drei Jahren für die Laufbahnbeamten, die laufbahnfreien Beamten und die Wahlbeamten. Also wir haben zwei Gruppen: Die Wahlbeamten und die Laufbahnbeamten. Für diese galt bislang eine Wartefrist von drei Jahren.

Diese Regelung wurde jetzt aufgehoben und für nichtig erklärt. Es gibt dazu diesen Brief von Herrn Dr. Bergner, Innenministerium, und dort steht, es gilt die bis dahin geltende alte

¹ gemeint ist: 1995

² gemeint ist: ... eine Reihe der Beigeordneten vollständig war, **und dann nach einer Beratung im Hauptausschuss den Bürgermeister im Stadtrat bestimmt hat.**

Rechtslage. In der alten Rechtslage ist geregelt, es gilt eine Wartefrist von zwei Jahren für die Gruppe der Laufbahnbeamten. Diese Wartefrist von zwei Jahren ist aber nicht geregelt für die Wahlbeamten, also für die laufbahnfreien Beamten. Diese Regelung und Ergänzung kam erst 1998 in das Gesetz. Das heißt, in die letzte Fassung des § 5. Das heißt, auch, wenn Sie dem Schreiben von Herrn Dr. Bernger vom Innenministerium folgen, greift trotzdem letztlich der § 5 Abs. 1, d. h. für Herrn Doege gilt die letzte Besoldung für die Pension.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Godenrath. Bitte.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU

Dem kann ich nur entgegen halten, wir haben es leider noch nicht schriftlich. Wir haben beim kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt, der letzten Endes für die Pensionszahlung zuständig ist, auch angefragt, und die haben bestätigt, dass auch sie die Zweijahresregelung anwenden. Ich habe extra explizit nach diesem Beispiel gefragt, und die haben zumindest erst einmal mündlich bestätigt, dass das weiterhin bei den zwei Jahren bleibt. Ich hoffe, wir bekommen das auch noch schriftlich. Diese sind ja letztendlich für die Pensionsgeschichten dann zuständig. Eigentlich ist es ja auch unlogisch, denn dann müsste der Gesetzgeber je sofort handeln, weil dann genau die Gefahr überall drohen würde, wenn das so gelten würde. Deshalb hätte der Gesetzgeber nach meiner Erkenntnis schon längst gehandelt.

Aber ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen, um es hier nicht ins absolut Grotteske ausreichen zu lassen. Wir haben jetzt hier einen Änderungsantrag, der allerdings zu einem Sachverhalt ist der Änderungsantrag. Wir machen sonst normaler Weise eine Vorlage, also verändern die, oder sind da weitergehende. Das ist hier nicht der Fall. Wir haben hier zwei gleich lautende Anträge zur Sache und da ist natürlich die ursprüngliche Beschlussempfehlung nach meinem Sinn und dem Sinne der Geschäftsordnung zuerst abzustimmen, weil es hier zwei gleichwertige Anträge sind und unserer war der zeitlich erste Antrag. Also wenn, dann ist zuerst über den Antrag Doege abzustimmen und dann kann man, wenn Herr Prof. Schuh das aufrechterhält, den zweiten Antrag abstimmen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Dann danke ich für den Hinweis Herr Godenrath, wenn es gleichwertige Anträge sind mit zwei unterschiedlichen Personen.

Dann frage ich Sie, ob Sie jetzt abstimmungsbereit sind, über den Antrag der CDU, TOP 7.5.

Herr Wehrich.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger

Ich möchte nur noch ergänzen, dass ich diese ganze Diskussion um die Versorgungsbezüge absolut für unwürdig halte. (Beifall)

Im Angesicht des Amtes, um das es hier geht, und dass ich denke, dass wir mit der Verfahrensweise insgesamt gegen die Gemeindeordnung und gegen unsere Geschäftsordnung verstoßen haben, und deswegen nur für das Protokoll, dass ich mich an dieser Abstimmung nicht beteiligen werde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Wir sind jetzt soweit, über den Antrag der CDU-Fraktion TOP 7.5 zu entscheiden. Wer diesem Antrag folgen kann, Herrn Doege zum ersten Stellvertreter der Oberbürgermeisterin zu wählen, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

Und ich bitte auszuzählen.

Danke. Die Gegenstimmen, bitte.

Danke. Enthaltungen.

Dem Antrag der CDU-Fraktion ist mit 23 Ja-Stimmen, gegen 20 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen stattgegeben.

Somit ist Herr Doege der erste Stellvertreter der Oberbürgermeisterin.

Dann bitte, dass Herr Doege jetzt reingeholt wird.

(Herr Doege betrat den Raum)

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Die SPD-Fraktion hat angekündigt, das Verfahren überprüfen zu lassen.

Herr Doege, ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Mehrheit des Rates Sie zum ersten Stellvertreter der Oberbürgermeisterin bis zum Ende Ihrer Dienstzeit gewählt hat.

E n d e des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

23 Ja-Stimmen

20 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat bestimmt Herrn Eberhard Doege zum ersten allgemeinen Vertreter der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.5.1 Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Dieter Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Antrag der CDU-Fraktion "Bestimmung des ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin" (Vorlage: IV/2007/06598)
Vorlage: IV/2007/06652**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestimmt Herrn Dr. Thomas Pohlack zum ersten allgemeinen Vertreter der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale).

Abstimmungsergebnis:

**durch Beschlussfassung TOP 7.5
erledigt**

**zu 7.6 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex: Wie werden unsere Bäume geschützt?
Vorlage: IV/2007/06601**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sagte, dass ihre Fraktion der Meinung der Verwaltung folge und verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Aus Anlass der aktuell entstandenen Probleme durch die genehmigten Fällungen zahlreicher Bäume im Sanierungsgebiet Reilshof stellen wir hiermit folgenden Antrag:

- 1. Die gegenwärtige Zusammensetzung der Baumschutzkommission mit einem hohen Anteil stimmberechtigter Mitglieder aus dem Verwaltungsbereich (Umwelt- und Grünflächenamt) soll daraufhin geprüft werden, ob die Kommission in dieser Form geeignet ist, die Baumschutzsatzung der Stadt mit Nachdruck durchzusetzen.
Gegebenenfalls soll die Zusammensetzung dahin gehend geändert werden, dass zukünftig nur ehrenamtliche Mitglieder stimmberechtigt sind.*
 - 2. Die gegenwärtige Genehmigungspraxis der Unteren Naturschutzbehörde für Baumfällungen auf Antrag von Bauherren soll einer gründlichen Prüfung unterzogen werden.*
 - 3. Das Umweltamt soll verpflichtet werden, die Naturschutzverbände der Stadt über die Genehmigung von Fällungen größeren Umfangs (mehr als 3 Bäume) rechtzeitig zu informieren.*
-

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE in den

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

zu 7.7 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur intensiveren Verknüpfung von Bachfest und Händelfestspielen
Vorlage: IV/2007/06611

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE – MitBürger, äußerte sich positiv über die Stellungnahme der Verwaltung und bat um Zustimmung zum Antrag.

Er bat darum, dass die Synergieeffekte zwischen Halle und Leipzig geprüft und seiner Fraktion zur Kenntnis gegeben werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, alle in diesem Jahr anlässlich des Bachfestes und der Händelfestspiele gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen und Maßnahmen hinsichtlich der angestrebten Synergieeffekte auszuwerten und diese Auswertung dem Stadtrat alsbald zur Kenntnis zu geben.**
 - 2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Ergebnis der Auswertung dem Stadtrat ggf. weitere Kooperationsmöglichkeiten bzw. Optimierungspotential für die bisherige Kooperation aufzuzeigen.**
-

**zu 7.8 Antrag des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Bekanntmachung nichtöffentlicher Beschlüsse der Ausschüsse des Stadtrates
Vorlage: IV/2007/06609**

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE – MitBürger, sagte, er könne aus der Beschlussübersicht des Ausschusses nicht erkennen, ob der Antrag erledigt sei.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, und Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierten, dass es eine Anweisung an die Protokollführer der beschließenden Ausschüsse gibt, zukünftig die Beschlussübersicht in der Protokollführung zu berücksichtigen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass - gemäß § 5 Abs. 2 Buchstabe d und § 20 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates Halle (Saale) und seiner Ausschüsse - die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Ausschüsse des Stadtrates in der folgenden öffentlichen Sitzung des jeweiligen Ausschusses bekannt gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

**e r l e d i g t
von der Verwaltung übernommen**

**zu 7.9 Antrag der Stadträtinnen Thea Ilse und Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur Straßenreinigung im Paulusviertel
Vorlage: IV/2007/06608**

Frau Schwabe, Fraktion WIR. WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, sagte, dass sich ihre Fraktion der Verweisung der Verwaltung in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten anschließe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vertrag mit der Stadtwirtschaft Halle GmbH über die Straßenreinigung in der Stadt Halle so abzuändern, dass eine Reinigung der im Paulusviertel gelegenen Straßen grundsätzlich nicht vor 9:00 Uhr erfolgt. Die in den betreffenden Straßen geltenden befristeten Halteverbote sind anzupassen.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger in den

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

**zu 7.10 Antrag des Stadtrates Dietmar Weihrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zu einem Dachflächenkataster für Photovoltaikanlagen
Vorlage: IV/2007/06605**

Herr Weihrich, Fraktion WIR. WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, begrüßte die Stellungnahme der Verwaltung. Diese enthalte Recherchen, die die Erfüllung dieses Antrages darstellen. Aus diesem Grunde könne dem Antrag heute zugestimmt werden.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, betonte, dass in dem Sinne kein Prüfauftrag, sondern ein konkreter Auftrag formuliert wurde. Deshalb habe sich die Verwaltung den Antrag zu Eigen gemacht.

Herr Weihrich sagte, er möchte den Antrag trotzdem zur Abstimmung bringen, es sei denn, die Verwaltung erkläre zu Protokoll, sie werde ein Kataster bis zum Tag „X“ einrichten. Dann wäre der Antrag erledigt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass eine Terminierung nicht gegeben werden könne, deshalb stehe der Antrag jetzt zur Abstimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 8 Anfragen von Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Thema Haushaltsberatungen
Vorlage: IV/2007/06613**

- 1. Wann ist mit der Ablösung des kameralistischen Systems durch Doppik zu rechnen?**
- 2. Gibt es dafür neue Erkenntnisse?**
- 3. Werden die kommenden Haushaltsberatungen - für 2008 - auf Basis des kameralistischen Systems geführt?**

gez. Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez. Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

Die Ablösung des kameralistischen Systems durch die Doppik ist nach wie vor zum 01.01.2009 vorgesehen. Derzeit sind noch keine Sachverhalte aufgetreten, die den Zeitplan gefährden würden.

Die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2009 werden im Haushaltsjahr 2008 auf der Basis der Modalitäten des neuen Haushalts- und Rechnungswesens und somit in einer neuen Qualität, hinsichtlich der Transparenz, geführt.

Der Haushalt wird organisch aufgebaut, d.h. er lehnt sich den Strukturen der Stadtverwaltung sowie deren Aufgaben in den einzelnen Geschäfts- und Fachbereichen an.

Durch die Definition der Aufgaben, einschließlich der dafür veranschlagten Mittel, wird eine neue Qualität der Steuerung ermöglicht.

Es ist vorgesehen, das Layout des neuen doppelischen produktorientierten Haushaltes in einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses vorzustellen, um eine frühzeitige Einbindung und Einflussnahme der politischen Ebene zu gewährleisten.

Der Haushalt 2008 wird noch nach den kameralen Grundsätzen aufgestellt. Der Eckwertebeschluss 2008 ist aber schon ein Instrument der Verwaltungsmodernisierung, welches auch in dem zukünftigen Haushaltsaufstellungsverfahren angewandt wird.

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der CDU-Fraktion zur Entwicklung des strukturellen Defizits
Vorlage: IV/2007/06606**

Wie entwickelte sich das strukturelle Defizit des städtischen Haushalts der letzten 10 Jahre bereinigt um jeweilige einmalige Sondereffekte?

Die einmaligen Sondereffekte sind für das entsprechende Haushaltsjahr auszuweisen!

gez. Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

Die Entwicklung des strukturellen Defizits der letzten 10 Jahre wird in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Als einmalige Sondereffekte sind für die Jahre 2006 und 2007 die Verkaufserlöse zur Reduzierung der Altfehlbeträge bzw. die Veräußerung von Geschäftsanteilen ausgewiesen. Für die Jahre bis 2001 wurde der Ausgleich hauptsächlich nur durch Zuführung vom Vermögenshaushalt nach Entnahmen aus der Rücklage erreicht. Die dazu erforderlichen Beträge sind ebenfalls gesondert aufgeführt.

	RECHNUNG SERGEBNIS				
	Plan 2007	2006	2005	2004	2003
Einnahmen	465,4	457,9	439,9	433,2	453,3
Ausgaben	503,7	500,1	491,3	512,6	517,6
Fehlbetrag	38,3	42,2	51,4	79,4	64,3
Zuführung vom VMH	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Teilausgleich Altfehlbeträge Vorjahr	24,3	6,4			
Entnahme aus der Rücklage	0,6	7,6	2,0	0,2	5,4
	RECHNUNG SERGEBNIS				
	2002	2001	2000	1999	1998
Einnahmen	478,8	511,0	498,2	503,0	507,2
Ausgaben	513,4	511,0	498,2	503,0	507,2
Fehlbetrag	34,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuführung vom VMH	0,0	22,8	0,0	11,5	10,9
Entnahme aus der Rücklage	9,5	32,5	1,5	14,9	10,9

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Thomas Godenrath - CDU - zum
Leichtathletikstadion Robert-Koch-Straße
Vorlage: IV/2007/06600**

Im Bereich des Sportkomplexes Robert-Koch-Straße stehen derzeit wichtige Neubauprojekte vor oder in der Realisierung (Gymnasium, Sporthallen, Schwimmhalle). Einzig das Leichtathletikstadion ist davon ausgenommen. Deshalb frage ich:

- 1. Gibt es seitens der Verwaltung Pläne zur Instandsetzung des Leichtathletikstadions?**
- 2. Wenn ja, welchen Inhalt haben die Vorstellungen der Stadtverwaltung und welche Zeitschiene ist zu deren Umsetzung geplant?**
- 3. Wenn nein, welche Gründe der Nichtberücksichtigung liegen vor?**

gez. Thomas Godenrath
CDU-Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

zu 1.:

Das Leichtathletikstadion Robert-Koch-Straße ist ohne bauliche Einschränkungen voll nutzbar. Notwendige Reparaturen sowie Schadensbehebung auf Grund von Vandalismus werden im Rahmen der Bauunterhaltung durchgeführt.

Im bisherigen Jahresverlauf 2007 betrifft dies nachfolgende Maßnahmen: Aufbringung einer neuen Laufschiene für Stabhochsprung, Beseitigung der Absenkung der Bahnentwässerung und Austausch farbverschmutzten Laufbahnbelages.

zu 2.:

Im mittelfristigen Investitionsprogramm ist für das Jahr 2010 die Erneuerung der Weit- und Stabhochsprunganlage mit einem Kostenrahmen von 300.000 € vorgesehen. Die Vorbereitung bis Planungsphase 3 einschließlich Fördermittelantrag erfolgt 2008, bis zur Planungsphase 7 geschieht dies im Jahr 2009.

zu 3.:

Eine Beantwortung erübrigt sich.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, merkte an, wenn Neubauprojekte vor oder in der Realisierung sind, sollte das Robert-Koch-Stadion nicht außen vor bleiben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– zu einer Fußgängerquerungshilfe in der Lise-Meitner-Straße
Vorlage: IV/2007/06604**

Die Lise-Meitner-Straße in Halle-Neustadt ist eine viel befahrene Straße, eine sichere Querung für Fußgänger existiert bisher nicht. Insbesondere in Höhe der HAVAG-Bushaltestelle der Linien 34 und 36 besteht aufgrund der örtlichen Situation ein Bedarf für die Einrichtung einer Querungshilfe für Fußgänger.

Ich frage: **Liegen an dem genannten Standort die örtlichen und verkehrlichen Voraussetzungen für die Anordnung eines Fußgängerüberweges oder einer anderen Querungsanlage für Fußgänger vor?**

Existieren Planungen für die Einrichtung eines Fußgängerüberweges bzw. anderer Maßnahmen um das Überqueren der Straße für Fußgänger gefahrlos zu ermöglichen?

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Mit der Herstellung des neuen Grünzuges „Weinbergwiesen“ und dem Entstehen neuer Schulwegbeziehungen zwischen dem neuen Wohngebiet Heide-Süd und Halle-Neustadt hat sich in den vergangenen Jahren der Querungsbedarf über die Lise-Meitner-Straße vor allem im Bereich der besagten Bushaltestelle deutlich erhöht. Aus diesem Grund sieht auch die Stadtverwaltung die Notwendigkeit, an dieser Stelle eine gesicherte Querungsmöglichkeit für Fußgänger einzurichten.

Nach Prüfung der verkehrlichen Voraussetzungen hat sich die Stadtverwaltung deshalb dafür entschieden, einen Fußgängerüberweg herzustellen. Eine entsprechende Planung und die dazugehörige verkehrsrechtliche Anordnung wurden bereits erarbeitet.

Die Maßnahme kann bis zum Ende des Jahres 2007 umgesetzt werden, sobald die hierfür erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt werden. Da durch die Maßnahme auch die Bedingungen für Fahrgäste der Buslinien 34 und 36 verbessert werden, ist vorgesehen, hierfür ÖPNV-Fördermittel des Landes zu verwenden. Die Umsetzung der Maßnahme hat dabei eine hohe Priorität.

Da ab 03.09.2007 die Erstklässler aus Heide-Süd in die Grundschule „Am Heiderand“ im Carl-Schorlemmer-Ring gehen werden, wurden im Bereich der Querungsstelle und Bushaltestelle als Zwischenlösung die Verkehrszeichen „Kinder“ (136-10), „zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“ (274-53) und „auf 100 m“ (1001-30) aus beiden Richtungen angeordnet. Nach Einrichtung des Fußgängerüberweges sollen diese Verkehrszeichen wieder entfernt werden.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– zu baufälligen Gebäuden in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: IV/2007/06602**

Im Bereich des Grundstücks Willi-Lohmann-Straße 1 / Ecke Ludwig-Wucherer-Straße und des Grundstücks Ludwig-Wucherer-Straße 7 sind aufgrund von Gefährdungen durch baufällige Häuser Geh- und Radwege entlang der Straße seit geraumer Zeit nicht nutzbar. Durch das Ausweichen des Radverkehrs auf die für PKW/LKW vorgesehene einspurige Fahrbahn besteht ein erhöhtes Unfallrisiko.

Ich frage:

Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung angesichts der Gefährdung durch die Bausubstanz der Wohnhäuser bisher unternommen?

Wann kann mit einer gefahrlosen Freigabe der gesperrten Radverkehrs- und Gehwegbereiche gerechnet werden?

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Willi – Lohmann - Straße 1: Am 10.04.2007 stürzten lose Teile in den öffentlichen Verkehrsraum. Der Fachbereich Bauordnung und Denkmalschutz veranlasste die Sperrung des Geh- und Radweges, da weitere Teile herunter zu stürzen drohen. Es wurden die Mitglieder der Eigentümergeinschaft ermittelt und aufgefordert, die losen Teile bis zum 11.05.2007 beseitigen zu lassen. Da dies bisher nicht erfolgt ist, wird eine entsprechende bauordnungsrechtliche Verfügung unter Androhung von Zwangsmitteln erlassen. Die Verwaltung muss dem Eigentümer einen angemessenen Zeitraum für die Beseitigung vorgeben, da mit der Absperrung des gefährdeten Bereiches keine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung mehr besteht. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Beseitigung der losen Teile bis Ende September 2007 erfolgt sein wird.

Ludwig – Wucherer – Straße 7: Infolge des Sturmes „Kyrill“ am 19.01.2007 stürzten Dachziegel und andere lose Teile in den öffentlichen Verkehrsraum. Da auch hier die Gefahr bestand, dass weitere Teile herunter fallen, wurde der Geh- und Radweg im Auftrag des Fachbereiches Bauordnung und Denkmalschutz abgesperrt. Der Eigentümer wurde aufgefordert die losen Teile zu entfernen, dieser Aufforderung wurde mittels bauordnungsrechtlicher Verfügung vom 22.03.2007 und Androhung von Zwangsmitteln Nachdruck verliehen. Mittlerweile hat der Bauherr einen Teil der aufgegebenen Maßnahmen ausgeführt. Im Dachbereich befinden sich allerdings noch lose Teile, die noch gesichert werden müssen. Hierzu ist der Bauherr aufgefordert. Die Verwaltung geht davon aus, dass diese Sicherungsarbeiten binnen vier Wochen abgeschlossen sein werden und die Absperrung dann zurück gebaut werden kann.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt - DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zum Projekt "Netzwerk gegen illegale Graffiti"
Vorlage: IV/2007/06599**

1. **Wie schätzt die Stadtverwaltung die Arbeit des „Netzwerkes gegen illegale Graffiti“ zurzeit ein?**
 - Welche Themenschwerpunkte standen im Jahr 2006 auf der Tagesordnung?
 - In welchem Rhythmus finden Beratungen statt?
 - Werden Jugendliche in dieses Gremium einbezogen?
 - Welche Kriterien der Abrechenbarkeit wurden gewählt?
 - Wo werden Ergebnisse öffentlich dokumentiert?
2. **Im Internet der Stadt Halle (Saale) ist das Projekt „Für Graffiti – gegen Sachbeschädigung“ als gemeinsames Projekt vom Amt für Kinder, Jugend und Familie und der HWG dargestellt und inhaltlich beschrieben. Allerdings finden Internetbesucher keine aktuellen Zahlen und Fakten (nur Projekte etc. bis 1997 beschrieben).**
 - Werden – und wenn welche – Flächen zum legalen Sprühen von der HWG, den Stadtwerken, privaten Einrichtungen oder Vereinen zurzeit im Rahmen von Veranstaltungen angeboten?
 - Gibt es eine Zusammenarbeit mit Vereinen, die dem Bedürfnis von Jugendlichen aus der Hip-Hop-Kultur und entsprechende Events (legale Graffiti, Musik/Sport) aufnimmt?
3. **Welche repressiven Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren mit welcher Wirkung in der Stadt Halle (Saale) – unter Einbeziehung und Kenntnisnahme des „Netzwerkes gegen illegale Graffiti“ – durchgesetzt?**

Antwort der Verwaltung:

Eingangs sei erwähnt, dass die Fragen 1 und 3 vom GB III, FB 32, und die Frage 2 vom GB V, FB 51, beantwortet wurden.

zu 1.:

Im Ergebnis der letzten Beratung des „Netzwerkes gegen illegale Graffiti“ vom 02.02.2006 kann hinsichtlich der Netzwerkarbeit festgestellt werden, dass alle Netzwerkpartner weitestgehend eigenständig agieren und entsprechend ihren Möglichkeiten die Beseitigung von Schmierereien in ihrem Zuständigkeitsbereich eigenständig veranlassen. Positiv zu erwähnen sind dabei die schnellen Reaktionen der Wohnungsgesellschaften.

Themenschwerpunkt im Jahre 2006 war beispielsweise die Reinigung der Schaltkästen der Energieversorgung und der HAVAG in einem festgelegten Wirkbereich sowie die jährliche Vorbereitung der Händelfestspiele. Die finanzielle Situation der Stadt Halle wirkt in diesem Zusammenhang nachteilig und macht es dieser sehr schwer, hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen und Vorbildwirkung zu zeigen.

Grundsätzlich finden die Treffen des Netzwerkes im jährlichen Rhythmus statt. Diese dienen im Wesentlichen dem Informationsaustausch. Die Arbeit des „Netzwerkes gegen illegale Graffiti“ wird aber vielmehr über die modernen Medien realisiert. Damit erscheinen Beratungen im festgelegten Rhythmus unzweckmäßig.

Ergebnisse sowie Informationen zum Thema Graffiti werden beispielsweise in den entsprechenden Mieterzeitschriften, der Zeitschrift der EVH GmbH und natürlich im Internet veröffentlicht.

zu 2.:

Das Projekt „Für Graffiti - gegen Sachbeschädigung“ existiert in der Form, wie es im Internet präsentiert wird, nicht mehr. Hintergrund dafür ist die mangelnde Bereitschaft von kriminell in Erscheinung getretenen Sprüherern zur Wiedergutmachung. Was das präventive Angebot von legalen Sprühaktionen betrifft, sind die städtischen Streetworker weiterhin bemüht, im Rahmen der sehr knappen Finanzmittel Partner zu finden, um verschiedene Projekte am Leben zu halten.

So gibt es aktuell noch 3 so genannte „Hall Of Fames“, wo junge Menschen jederzeit sprühen dürfen:

- Regensburger Straße, lange Mauer,
- Ernst-Haeckel-Weg, Betonplatten,
- Lange Straße, Rückwand EVH-Gebäude.

Des Weiteren versuchen die Streetworker, regelmäßig zwischen Unternehmen, Firmen bzw. Organisationen und den Graffiti-Sprayern zu vermitteln, um legale Aktionen in diesem Bereich zu unterstützen. Aktuell plant dabei die HWA eine Aktion. Gespräche laufen auch noch mit zwei Garagenvereinen zwecks einer legalen Aktion (Rennbahnring) sowie einer möglichen Hall Of Fame (Kaolinstraße).

Eine Zusammenarbeit mit Vereinen bzw. Gruppierungen, die das Bedürfnis von Jugendlichen aus der Hip-Hop-Kultur aufnehmen und entsprechende Events (legale Graffiti, Musik/Sport) anbieten, gibt es seitens der städtischen Streetworker dahingehend, dass z.B. gemeinsam mit dem „Sommerlatschenteam“ sowie dem „Write4goldteam“ Aktionen organisiert und durchgeführt werden. Ebenso unterstützen die Streetworker das alljährliche Projekt der „Sommerklatsche“ inhaltlich als auch sachlich mit Materialien.

Wichtig erscheint bei allen Aktionen, dass der FB 51 das Prinzip „Für Graffiti - gegen Schmierereien“ verfolgt und auch dahingehend auf die jungen Menschen einwirkt. Diese Form der Arbeit ist ein rein präventives Angebot.

zu 3.:

Es handelt sich bei Graffiti um einen Straftatbestand, so dass die Beantwortung der Frage nicht durch die Stadt Halle erfolgen kann.

Jede angezeigte Graffiti-Schmiererei wird den Eigentümern mitgeteilt, damit diese gezielt und sofort Anzeige erstatten können.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, ergänzte mündlich, dass im Punkt 1 bei der Beantwortung stehen müsste:

Der in der Stadt Halle aktive Verein „Halle gegen Graffiti“ hat im Rahmen einer Partnerschaft der Betreuung einer Liegenschaft private Mittel eingeworben, um Graffitiverunstaltungen zu beseitigen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit mündlichen Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat
Halle (Saale) - zum ÖPNV-Konzept bei Großveranstaltungen
Vorlage: IV/2007/06593**

Am 11.06.2007 besuchten einige tausend Gäste das alljährlich mit großem Erfolg stattfindende Abschlusskonzert der Händelfestspiele in der Galgenbergschlucht. Sowohl vor als auch nach dem Konzert war der übliche Parkplatzsuchverkehr als auch ein schleppender Abfluss der PKW zu beobachten.

Festzustellen war auch, dass im ÖPNV wenig zusätzliche Fahrzeuge nach Abschluss des Konzertes eingesetzt wurden, um den erwartungsgemäß erhöhten Bedarf im ÖPNV zu befriedigen.

Der Veranstalter warb mit dem Verkauf der Eintrittskarten zum Konzert für die Benutzung des ÖPNV.

Verantwortlich für die am 11.06.2007 gemachte Erfahrung ist der Aufgabenträger für den ÖPNV und Veranstalter der Händelfestspiele – die Stadt Halle (Saale) – vertreten durch die Oberbürgermeisterin. Die Verkehrsunternehmen fahren zu solchen Großveranstaltungen zusätzliche Verkehre auf Anforderung des Aufgabenträgers bzw. Veranstalters.

Unmittelbar im Anschluss an die Händelfestspiele fanden Händels Open statt. Auch hier war erfahrungsgemäß ebenfalls mit einem zusätzlichen Bedarf im ÖPNV zu rechnen.

Ich frage deshalb die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale):

- 1. Wie viel Eintrittskarten wurden für das Abschlusskonzert der Händelfestspiele verkauft?**
- 2. Wie hoch war der Anteil des Verkaufspreises der Eintrittskarte für die Benutzung des ÖPNV?**
- 3. Welche zusätzlichen Einnahmen gab es bei den in Frage kommenden Verkehrsunternehmen DB Regio AG und HAVAG infolge des ÖPNV-Anteils in den Eintrittskarten?**
- 4. Welches ÖPNV-Konzept lag der Abschlussveranstaltung der Händelfestspiele zugrunde, um das erhöhte Fahrgastaufkommen zügig zu bewältigen?**
- 5. Die Besucher des Konzertes haben mit der Eintrittskarte gleichzeitig eine Fahrkarte für den ÖPNV erworben. Welches Marketingkonzept lag vor, um diese Nutzung auch zu gewährleisten?**
- 6. Weshalb wurden anlässlich der Händels Open der ÖPNV nicht benutzt, um nach den Konzerten die Besucher zügig zu ihren Zielen zu bringen?**

gez. Uwe Heft
Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Zum Abschlusskonzert der Händel-Festspiele am 10. Juni 2007 wurden 3508 Karten verkauft.

zu 2.

Im Eintrittspreis enthalten war ein Anteil von 57 Cent für die Nutzung des ÖPNV.

zu 3. und 4.

Die Grundlage für diese Regelung bildete ein Vertrag zwischen der HAVAG und den Händel-Festspielen, der die Nutzung 2 Stunden vor und 2 Stunden nach der Veranstaltung mit der Eintrittskarte in Halle auf den Linien der HAVAG ermöglichte (Tarifzone 210).

Der HAVAG wurden durch die Händel-Festspiele die Anfangs- und Endzeit des Konzertes sowie die Besucheranzahl als Grundlage für die Festlegung des Einsatzes der Verkehrsmittel durch die HAVAG mitgeteilt.

Die Händel-Festspiele haben für die oben genannte Regelung zum Abschlusskonzert an die HAVAG 2.000,00 Euro gezahlt.

zu 5.

Die Nutzung der Eintrittskarte als Fahrkarte für die HAVAG wurde in allen Programmankündigungen der Händel-Festspiele publiziert.

Die Nutzungsbedingungen waren auf der Eintrittskarte aufgedruckt.

zu 6.

Nach Aussage der Geschäftsführung der HAVAG sind zusätzliche Wagen anlässlich der Veranstaltung Händels Open zur Verfügung gestellt worden.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Verkehrsentwicklung Riebeckplatz - Europastraße
Vorlage: IV/2007/06592**

- 1. Welche verkehrsentlastende Wirkung wird die Inbetriebnahme der Europastraße bis Grenzstraße für die hallesche Innenstadt und den Riebeckplatz im Besonderen entfalten?**
- 2. Wie hoch war die Verkehrsbelastung des Riebeckplatzes vor Beginn der Baumaßnahme HES Gewerbegebiet Halle-Ost?**
- 3. Wie veränderte sich die Verkehrsbelastung des Riebeckplatzes mit der Inbetriebnahme der durchgehenden BAB A 14 Halle-Magdeburg?**

Alle Angaben bitte in KFZ/24 h getrennt nach PKW und LKW für Fahrzeuge, welche den Riebeckplatz sowohl in Richtung Süden als auch Norden queren.
Fahrzeugen mit einem zulässigen Lagegewicht > 7,5 t unter den LKW bitte gesondert ausweisen.

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung der 3 Fragen erfolgt in tabellarischer Form mit einer jeweiligen Kurzerläuterung zu den einzelnen Punkten (**siehe Anlage 1 – am Ende des Protokolls**).

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Auf Antrag der Fraktion der CDU erfolgt zur Anfrage des Stadtrates , Herr Misch, ein Wortprotokoll (siehe Anlage 2 – am Ende des Protokolls)

Herr Misch, Fraktion der CDU, fragte zur Situation bzw. dem weiteren Verfahren mit dem Gehörlosensport- und Bürgerverein Halle (Saale) 1909 e. V.
Er bezog sich auf ein Schreiben an die Verwaltung von dem Verein zur Schließung der Sporthalle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bestätigte den Eingang des Schreibens und bat **Herrn Doege** zu den Anfragen Stellung zu nehmen.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, schilderte den schon längeren desolaten Gebäudezustand der Sportstätte für den Gehörlosensport. Der hohe finanzielle Aufwand zur Bestandsicherung bzw. die hohen Betriebskosten rechtfertigen keine weitere Nutzung dieser Sportstätte.

Herr Doege verdeutlichte, dass gemeinsam mit dem Sportverein nach einer Lösung gesucht wird.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, hatte vier Fragen:

1. Was wird in Zukunft getan, um dem Vandalismus an den Bronzefiguren auf der Peißnitz entgegenzuwirken?
2. Wann liegt die Geschäftsordnung der Oper und der Staatskapelle vor?
3. Im Hauptausschuss teilte Herr Doege in Bezug auf die Müllverbrennungsanlage Halle-Lochau schriftlich mit, dass 424 156 Euro im Jahre 2003 ausgegeben wurden davon 300 TEuro für die Gründung der Gesellschaft.
Diese Zahlen könne sie nicht nachvollziehen und bat um eine schriftliche Information.
4. Da es unterschiedliche Aussagen im Jugendhilfeausschuss über die Kosten zur Veranstaltung „Laut gegen Rechts“ gab, bat sie um eine Auflistung der anteiligen Ausgaben der Stadt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete zur ersten Frage, dass gegen den *Vandalismus* kein Konzept von Seiten der Stadt vorliege.
Die Verwaltung werde sich aber mit der Polizei in Verbindung setzen.

Bezogen auf die *Geschäftsordnung der Oper und Staatskapelle* erinnerte die Oberbürgermeisterin daran, dass die Geschäftsordnung – wie bereits in den Gremien mehrfach dargestellt - im Zusammenhang mit der gesamten Umstrukturierung des nichtkünstlerischen Bereiches (Stichwort: Gutachten der bbvl) dem Kulturausschuss voraussichtlich im September vorlegen wird.

Sollte es im September nicht zu einer Behandlung in den Gremien kommen, würde die Geschäftsordnung gesondert vorgelegt werden.

Zur *Veranstaltung „Laut gegen Rechts“* sagte sie, dass auch über die geringe Teilnahme von Jugendlichen enttäuscht war, obwohl die Stadtverwaltung sich bemühte, Jugendliche über Betriebe und Unternehmen zur Teilnahme zu gewinnen.

Ein abschließendes Ergebnis könne sie noch nicht vorlegen. Sie stehe mit dem Land noch in Verhandlungen, ob und inwieweit es die für die entstandenen Ausfälle zur Verfügung steht.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, äußerte, dass er im Jugendhilfeausschuss die Fragen zu den entstandenen Kosten aufgeworfen habe und dass im Finanzausschuss bzw. im Stadtrat ein entsprechender Bericht vorgelegt werden sollte.

Es zeichne sich ab, dass die Veranstaltung mehr kostet, als geplant.
Er fordere eine möglichst schnelle Aufklärung über die entstandenen Kosten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnerte, dass sie bei Amtsantritt in die bereits laufenden Vorbereitungen habe einsteigen müssen. Die Auflistung der Kosten liege zwar schon vor und diese könnte sie zur Verfügung stellen.
Aber über die Einnahmen könne sie noch nichts sagen.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, sagte eine schriftliche Zuarbeit zur *dritten Anfrage* von **Frau Wolff** zu.

Herr Geuther, Fraktion der CDU, bemerkte, dass er zwar für den Rechnungsprüfungsausschuss die Einladungen erhalten habe, aber die dazu gehörenden Vorlagen nicht fristgerecht. Er fragte deshalb Frau Oberbürgermeisterin Szabados, ob sie in der Lage ist, die Autorität des Fachbereiches Rechnungsprüfung zukünftig zu stärken.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes habe sich in dieser Angelegenheit bereits an sie gewandt. Sie habe angeordnet, dass Herr Kloppe in ihrem Auftrag die Verwaltung verpflichtet, die Vorlagen fristgerecht zuzuarbeiten.

Herr Dr. Bauersfeld, Fraktion der CDU, fragte erneut nach den Unterlagen zum „Beschluss des Stadtrates vom 28.3.2007 – Antrag der CDU-Fraktion zur Vorlage des Haushaltes 2007 Einzelplan – 2 Schulen“ erhalte.

Es ging darum, *dem Bildungsausschuss ab der Vorlage des Haushaltes 2007 für den Einzelplan 2 Schulen, die Unterabschnitte 2110 Grundschulen, 2120 Sekundarschulen und 2300 Gymnasien entsprechend detailliert aufzuschlüsseln für die einzelnen Schulen.*

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, dass die Unterlagen bereits vom FB 40 an die Mitglieder des Bildungsausschusses und an die Fraktionen vor dem Stadtrat Juni gegeben wurden.

Sie sagte eine nochmalige Zusendung durch den FB 40 zu.

Herr Kupke, Fraktion der CDU, erklärte, dass er auf Anfrage zur Begrünung des Marktplatzes von Herrn Dr. Pohlack die Antwort erhalten habe, dass aufgrund des Stadtratsbeschlusses sich die Verwaltung für „die steinerne Stadt“ entschieden habe. Er fragte, falls er Sponsoren für die Aufstellung von Kübelpflanzen auf dem Marktplatz gewinnen könne, ob er dafür das Einverständnis der Stadtverwaltung erhalte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass sie Herrn Dr. Pohlack so verstanden habe, dass der Marktplatz nach Stadtratsbeschluss umgestaltet wurde. Sie würde es begrüßen, wenn Sponsoren gefunden werden, die zur Begrünung des Marktplatzes beitragen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, hatte zwei Fragen:

1. Ist es nicht möglich, aus dem Personalüberhang Mitarbeiter/Innen in den Sonderschulen als Schulsekretärinnen bzw. Personal zur Besetzung der Schultelefone einzusetzen? Gibt es hierzu Vorschriften?
Er begründete dies damit, dass gerade diese Schulen ständig von den Eltern usw. erreichbar sein müssten.
2. Warum wurde eine Sondersitzung des VVV-Aufsichtsrates einberufen?
Gibt es ein Ansinnen, den einzigen Vertreter der Stadt in der Geschäftsführung abzuberaufen?
Sollen Satzungen verändert werden?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete zur ersten Frage, dass es für den *Einsatz von Schulsekretärinnen* keine besonderen Vorschriften gibt.

Die Sonderschulen wurden im Rahmen von Fachkonzepten wie alle anderen Schulen betrachtet.

Sie werde diese Frage aufgreifen und überprüfen, ob über die Eingliederungshilfe eine Möglichkeit der Unterstützung bestehe.

Zur Frage *Sondersitzung des VVV-Aufsichtsrats* erläuterte sie, dass sie als Aufsichtsratsvorsitzende die Sitzung einberufen hat. Es ging um Einnahmen im Sinne der Haushaltskonsolidierung. Bei den Einnahmen spielen die Stadtwerke und die HAVAG eine wesentliche Rolle.

Zur Abberufung des Vertreters der Stadt sagte sie, dass dieser einen Nebenjob ausübe. Darüber soll in den Gremien diskutiert werden.

Damit sei aber keine Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden. In dem Gesellschaftsvertrag stehe, dass die VVV drei Geschäftsführer hat.

Auf die Frage von **Herrn Bönisch**, ob diese kostenlos arbeiten, antwortete sie, dass davon nichts im Gesellschaftsvertrag stehe.

Herr Bönisch bat, um rechtliche Klarheit und Information an die Aufsichtsratsmitglieder, wenn eine Geschäftsführertätigkeit zu bezahlen wäre.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass es rechtliche Klarheit im Gesellschaftsvertrag der VVV gibt. Der Vertrag sei jederzeit einsehbar.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte, ob es Informationen dazu gibt, dass die Unfälle am Sprungturm am Nordbad im letzten Jahr gehäuft auftraten.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, dass laut Bäderstatistik 2006 keine Auffälligkeit von schweren Unfällen im Nordbad war. Er werde aber die Angelegenheit überprüfen und eine Mitteilung geben.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bezog sich auf den *Tagesordnung zur Bestimmung des ersten allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters* und teilte mit, dass die Abstimmung nicht in Ordnung gewesen sei.

Bei einer Wahl wäre der gewählt, der die Mehrheit der anwesenden Stimmen der Stadträte im ersten Wahlgang hat. In diesem Fall wären es 25 Stadträte gewesen.

Es wurde aber nur über einen Bestimmungsantrag von Seiten der CDU mit 23 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgestimmt. Nicht über seinen Antrag.

Für ihn sei die Sache damit nicht erledigt. Er werde sich an das Landesverwaltungsamt wenden.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, und **Herr Dr. Schmidt, Fraktion der SPD**, fragten nach der Ampelschaltung an den Übergängen:

- vor dem Nordbad und am
- Mühlweg über die Bernburger Straße

Herr Dr. Pohlack erklärte, dass die Ampeln grundsätzlich so ausgelegt sind, dass die Fußgänger mit Sicherheit die andere Straßenseite erreichen.

Er werde die Ampelschaltungen hinsichtlich der Zeitschaltung überprüfen lassen.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 10 Anregungen

**zu 10.1 Anregung der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Darstellung der Inhalte im Amtsblatt im Onlineangebot der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06612**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bezog sich auf die Antwort der Verwaltung und brachte zum Ausdruck, dass sie es nicht verstehen kann, dass ihre Anregung nicht umsetzbar sei.

Sie habe sich umgehört und es bedarf nur einen Tag eines Informatikers, um das Amtsblatt internetfreundlich auf der Webseite einzurichten.

Es ist nicht verständlich, warum deshalb das Personal aufgestockt werden müsse.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die zusätzliche Anregung auf.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, regte an, am Rive-Ufer das Einfahrverbot für Fahrzeuge überprüfen zu lassen. Dieses Verbot werde nicht eingehalten.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, bezog sich auf das defekte Kopiergerät im Stadthaus und regte an, ein Neues aufzustellen, um evtl. notwendige Kopierarbeiten zu verschiedenen Veranstaltungen, u. a. Stadtrat, zu gewährleisten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass der Auftrag zur Beschaffung schon ausgelöst wurde.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bat darum, den Heißlüfter von der Herrentoilette, welcher sich bei der geringsten Berührung von selbst anschaltet, abhängen zu lassen. Hiermit könnten Energiekosten eingespart werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

zu 11 Mitteilungen

**zu 11.1 Zwischeninformation zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh -
Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Umsetzung des
Projekts Klimaschutz macht Schule (Vorlage: IV/2007/06488)**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.2 Information über das Ergebnis der Untersuchung zum Neubau einer
Garagenanlage zwischen Kapellengasse und Unterberg
Vorlage: IV/2007/06507**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.3 Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle
(Saale) "38. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-
Neustadt bis Riebeckplatz/ Hauptbahnhof"
Vorlage: IV/2007/06557**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gratulierte **Frau Godau, Fraktion DIE LINKE**, zur Geburt ihres Sohnes.
Herr Bartl schloss sich den Glückwünschen an.

Herr Bartl bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um ihre mündlichen Mitteilungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab folgende Mitteilungen:

1. Mit Schreiben des Landesverwaltungsamtes wurde eine **Verfügung** der **Kommunalaufsicht** mit folgender Entscheidung mitgeteilt:

„Von der Beanstandung des Beschlusses über den Haushalt 2007 wird in Ansehung der Verfügung des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt 2006 vorerst abgesehen.“

Die Stadt habe also im Moment einen nicht beanstandeten Haushalt.

Hinweise gab es vorerst zum Haushaltskonsolidierungskonzept, was prinzipiell als akzeptabel bezeichnet wurde:

- Die Übertragung der Bäder an Dritte soll forciert werden.
- Abbau des Altdefizits – d. h. zügige Umsetzung des Beschlusses zum Abbau des Altdefizits durch Einsatz städtischen Vermögens.
Dazu werden entsprechende Beschlüsse im Stadtrat bis Oktober 2007 erwartet.
- Nach aktueller Finanzplanung, bei Realisierung der Einnahmen zum Abbau der Altfehlbeträge, muss ein struktureller Ausgleich bis zum Jahre 2009 und ein vollständiger Ausgleich bis spätestens 2012 gesichert sein.

Hierzu gab Frau Oberbürgermeisterin Szabados jeder Fraktion ein Exemplar des Schreibens des Landesverwaltungsamtes.

2. In **Umsetzung des Haushaltes 2007/2008** und mit **Auslaufen des Tarifvertrages** wurde sich intensiv mit dem Personal befasst.

Unter der Berücksichtigung der Dienstaustritte im Jahre 2007 sind zum 01.01.2008 170 Personen im Überhang, ohne Berücksichtigung von Opernhaus/Staatskapelle. Von den 23 Fachbereichen und 9 Kultureinrichtungen der Stadt haben 9 Fachbereiche sowie die Konzerthalle keine Überhänge.

Vorgesehen sei, mit den Mitarbeiter/innen in den Fachbereichen ohne Überhänge ab sofort zu sprechen, damit diese ggf. weniger als 40 Stunden arbeiten.

Diese erhalten dann einen freiwilligen Einzelvertrag mit der Absenkung der Arbeitszeit.

Bei den restlichen 14 Fachbereichen und 8 Kultureinrichtungen mit Überhängen werde ebenfalls mit den Mitarbeiter/innen gesprochen, um zu sehen, was freiwillig mit der Absenkung der Arbeitszeit erreichbar ist. Hier gibt es Bereiche, wo eine Absenkung von bis 33 Stunden notwendig wäre. Wird die Absenkung der Stunden nicht freiwillig erreicht, werden fachbereichsbezogene Tarifverträge abgeschlossen.

Die Zeitplanung sehe vor:

- Belegschaftsversammlung am 30. Juli 2007
- Führung der Gespräche mit den MitarbeiterInnen bis 20.09.2007
- Ziel ist es, zum 01.01.2008 den Überhang von 170 Personen über entsprechende Arbeitszeitreduzierungen zu kompensieren.

3. Der **Vertrag der Georg-Friedrich-Händel-Halle** laufe am 31.12.2008 aus. Dem jetzigen Betreiber wurde mitgeteilt, dass die Stadt vorhabe, ein nichtförmliches Verfahren zur Interessenbekundung einzuleiten. Dies werde in der „Mitteldeutschen Zeitung“, im „Amtsblatt“ und im „EG-Amtsblatt“ veröffentlicht. Der Betrieb der Georg-Friedrich-Händel-Halle ist eine Dienstleistungskonzession. Es werden Interessenten gesucht, die ihre Angebote und Konzepte abgeben. Der Bewerberabschluss erfolgt am 31.08.2007, so dass sich im September die Ausschüsse damit befassen können, um dann spätestens im November über den neuen Betreiber im Stadtrat zu entscheiden.
4. Im Zusammenhang zur **Veräußerung des Psychiatrischen Krankenhauses** wies Frau Oberbürgermeisterin Szabados darauf hin, dass das Ertragswertgutachten vorliege. Zur Findung der Erwerberstruktur werde vorgeschlagen, ein formloses Bieterverfahren mit Einforderung von Erwerberkonzeptionen durchzuführen. Dieses wurde rechtlich geprüft. An die Kaufinteressenten werde hierzu bis Ende Juli eine schriftliche Information gegeben. Basierend auf den Vorgaben des Stadtratsbeschlusses zum Haushalt, werde bis Anfang September 2007 ein Anforderungsprofil nebst Bewerberraster für die

Erwerberkonzepte erarbeitet, so dass eine Informationsvorlage dem Stadtrat im September vorgelegt werden kann.
Es werde davon ausgegangen, dass die Anforderungen an die Bietergruppen zur Abgabe eines Angebotes bis Mitte September laufen.
Ende Oktober werde dann die Auswertung zu den Erwerberkonzepten vorgenommen.
Die Kaufpreisangebote werden entsprechend mit eingebunden.
Im der Sitzung des Stadtrates im Dezember könne dann über die Vergabe entschieden werden.
Die BMA werde dieses Verfahren führen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, bezogen auf die Georg-Friedrich-Händel-Halle, ob nicht, wie bereits im Hauptausschuss erwähnt, das Stadtmarketing die Ausschreibung durchführe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass das eine Überlegung war. Die Stadtmarketing GmbH könne sich selbst im Rahmen der nichtförmlichen Ausschreibung mit bewerben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 12 Anträge auf Akteneinsicht

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass ein Antrag auf Akteneinsicht von der Fraktion der CDU in die Antragsunterlagen von Verbänden, Vereinen usw., die einen Antrag auf Förderung im Jahr 2007 nach der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale) gestellt haben, vorliege.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 35. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin

Anlage 1

Beantwortung zu 1.

Standort	1995		2006		2007	
	Kfz gesamt / 16 h	davon Schwer-verkehr	Kfz gesamt / 17 h	davon Schwer-verkehr	Kfz gesamt / 17 h	davon Schwer-verkehr
Querschnitt Delitzscher Straße (W)	13.579	2.139	14.994	928	15.269	981
Querschnitt Delitzscher Straße (O)	12.587	1.853	15.255	951	16.969	1.012
Querschnitt Grenzstraße (S)	2.108	404	1.261	271	9.562	772
Querschnitt Grenzstraße (N)	3.906	626	5.070	252	7.528	425
Summe	32.180	5.022	36.580	2.402	49.328	3.190
Verkehrsentwicklung in %	100	100	113,7	47,8	153,3	65,5

Ein Großteil der Fahrzeuge fährt zur Zeit nicht über den Riebeckplatz, da ein Straßenabschnitt der Merseburger Straße in Richtung Ammendorf gesperrt ist. Somit wird die Verlängerung der Europachaussee bis zur Delitzscher Straße vom Kfz Verkehr gut angenommen. Ein Verkehrszählung im Oktober oder November 2007 macht sich erforderlich (wenn Verkehrszähler durch den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung gestellt werden) um zu prüfen, ob das Verkehrsverhalten beibehalten wird, nach dem die Merseburger Straße wieder geöffnet ist.

Beantwortung zu 2.

Standort	1997	2004	
	Kfz gesamt	Kfz gesamt	davon Schwerverkehr
Hochstraße ü. Riebeckplatz			
a.R. Volkmannstr. i.R. Merseburger Str.	15.444	10.855	2.516
a.R. Merseburger Str. i.R. Volkmannstr.	10.900	11.236	2.337
Summe	26.344	22.091	4.863
Riebeckplatz			
Zufahrt Magdeburger Straße	23.047		
Zufahrt Franckestraße	26.458		
Zufahrt Merseburger Str.	18.982		

Die letzte VKZ des Riebeckplatzes fand 1997 statt. Weitere Zählungen waren auf Grund Umbau des Riebeckplatzes und Straßenbahnneubau nicht möglich. Für Oktober oder November 2007 ist eine automatische VKZ der Hochstraßenbrücken über den Riebeckplatz geplant. Eine VKZ des Riebeckplatzes lässt sich nur Videoüberwacht durchführen und wurde aus Kostengründen noch nicht durchgeführt.

Zufahrt Delitzscher Str.	14.588		
Summe	83.075		

Beantwortung zu 3.

Standort	1997		2003		2006	
	Kfz gesamt / 24 h	davon Schwer- verkehr	Kfz gesamt / 24 h	davon Schwer- verkehr	Kfz gesamt / 24 h	davon Schwer- verkehr
Magdeburger Chaussee / B 6						
i.R. BAB 14	9.709	2.913	6.739	1.185	6.934	959
i.R. Innenstadt	9.432	2.528	7.149	1.380	6.653	889
Summe	19.141	5.441	13.888	2.565	13.587	1.848
Verkehrsentwicklung in %	100	100	72,6	47,1	71	34
Berliner Chaussee / B100						
i.R. BAB 14	20.033	4.748	16.446	2.320	16.316	3.123
i.R. Innenstadt	16.921	3.943	16.892	2.423	15.123	1.645
Summe	36.954	8.691	33.338	4.743	31.439	4.768
Verkehrsentwicklung in %	100	100	90,2	54,6	85,1	54,9

Es erfolgten automatische Verkehrszählungen in den Jahren 1997, 2003 und 2006 von 1 Woche über jeweils 24 h. Wie man den o.a. Werten entnehmen kann, liegt das Zahlenmaterial vor und nach der Freigabe der BAB 14 vor. Die BAB 14 wurde im November 1999 in Peißen und Halle-Tornau freigegeben.

Durch die zentrale verkehrliche Bedeutung des Riebeckplatzes sind Veränderungen am Autobahnring nicht auf die Belegung des Riebeckplatzes abzubilden. Die B 6/B100 nahmen bis zur Fertigstellung der BAB 14 den Verkehr in der Stadt Halle auf.

Wir möchten darauf hinweisen, dass diese Zahlen einen bestimmten Zustand wieder spiegeln und nicht einklagbar sind. Die Ihnen zur Verfügung gestellten Zahlen sind nicht durch weitere Untersuchungen abgesichert.

Anlage 2

Auf Antrag der Fraktion der CDU erfolgt ein Wortprotokoll:

Herr Misch, Fraktion der CDU

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin.

Frau Oberbürgermeisterin, der Gehörlosensport- und Bürgerverein Halle (Saale) 1909 e. V. hat ein an Sie gerichtetes Schreiben, was sich mit der Problematik „Schließung der Turnhalle in der Albert-Klotz-Straße“ beschäftigt, verschiedenen Institutionen zur Kenntnis gegeben. Auf dieses Schreiben beziehe ich mich jetzt.

Der Verein bemängelt, dass durch die Entscheidung oder die Zuweisung der Turnhalle, die ihnen jetzt zugewiesen ist, der Leistungssport und der Sport in diesem Verein sehr stark gefährdet ist, dass man sich nicht mehr in der Lage sieht, seine Aufgaben dort wahrzunehmen.

Er führt weiter aus, dass auf die Frage, wo denn die Trainings- und Sportgeräte des Vereins nun mittlerweile dann gelassen werden sollen, wenn die Sporthalle in der Albert-Klotz-Straße abgerissen wird, wo man die lagern soll, dass die Verwaltung darauf nur mit den Achseln gezuckt haben soll.

Ich frage, ist man mit den Verhandlungen mit dem Verein jetzt am Ende?

Ist man auf der Suche nach weiteren Lösungen?

Wie werden Sie sich dieser Problematik, denn gerade dieser Sportverein, der war zur Zierde des Landes Sachsen-Anhalt in der regionalen und überregionalen Presse sehr oft vorhanden, durch Medaillen, durch Meisterschaften, annehmen?

Wie gedenken Sie, dort in dieser Angelegenheit ganz speziell unterstützend tätig zu werden?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados

Es ist bei uns eingegangen. Ich habe es der Zuständigkeit halber an Herrn Doege gegeben. Ich würde Herrn Doege bitten, dass er jetzt über den Stand etwas sagt.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport

Ich habe dieses Schreiben bekommen und habe mir noch einmal von dem Sport- und Bäderamt den Sachverhalt schildern lassen.

Das Problem der Sporthalle ist dort einfach, dass sie eigentlich schon seit dem Jahr 2003 zum Abriss anstand, weil einfach der Gebäudezustand sehr desolat ist.

Reine schulsportliche Nutzung findet dort drin nicht statt. Oder seit dieser Zeit schon nicht mehr statt.

Wir haben letztendlich mit großen Schwierigkeiten immer noch diese Sportstätte aufrechterhalten.

Die Sportstätte verursacht selbst bei uns im Jahr 35 TEUR Betriebskosten. Wenn man sie instand setzen würde, zu mindestens grob instand setzen würde, dass einfach die größten Mängel beseitigt wären, wäre das immerhin ein Aufwand von rund 40 TEUR. Für dauerhafte Bestandssicherung kommen 150 TEUR hinzu. Dass die Halle eben nur ab den Nachmittagsstunden bis in die Abendstunden genutzt wird, ist, weil sie in den Vormittagsstunden leer steht, infolge der Nichtnutzung des Schulsports.

Der Bescheid ist also jetzt erst einmal ergangen, quasi für die Saison nach den Sommerferien. Ich habe mich allerdings mit der Sportverwaltung noch einmal zusammengesetzt, dass wir hier versuchen müssen, eine andere Lösung, vielleicht eine günstigere Lösung für den Verein zu finden.

Ich kann es aber zurzeit noch nicht zusichern. Wir sind hier intern in den Gesprächen. In dem Sinne würde ich auch letztendlich der Oberbürgermeisterin erst einmal eine Antwortempfehlung dann für den Verein zuarbeiten.
Aber es ist sehr, sehr schwierig. Dieser Standort ist betriebswirtschaftlich eigentlich nicht vertretbar.

Wir müssen eben sicherlich auch die Besonderheit verlangen. Wir haben versucht, gemeinsam, dass der Verein diese Turnhalle pachtet. Das konnte er nicht, weil er letztendlich aufgrund des besonderen körperlichen Handicaps aller Betroffenen sehr schwer ohne Hilfe Dritter dann das Pachtverhältnis und die Abarbeitung, sozusagen das Pachtverhältnis im tagtäglichen Geschäft, kommunizieren kann.

Wir haben versucht, das über den SSB zu organisieren. Das der SSB quasi sozusagen für diesen Verein die Verpachtung übernimmt und weiter verteilt. Das ist leider auch nicht von Erfolg gekrönt gewesen.

Wir sind noch auf der Suche. Ich kann zurzeit noch keine Lösung anbieten.
Aber, wir haben es auf alle Fälle noch in der Bearbeitung.

E n d e des Wortprotokolls
